



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

18. Sitzung (öffentlich)

10. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!** **7**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

- 2 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken.** **8**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

Ausschussprotokoll 18/132 (Gespräch mit Gästen am 19.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/982 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD ab.

3 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen 10

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

4 NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit! 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2552

Ausschussprotokoll 18/244 (Anhörung am 10.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/2552 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

5 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen! 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2553

Ausschussprotokoll 18/248 (Anhörung am 11.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/2553 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

6 Chancengleichheit von Anfang an-Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen 23

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3305

In Verbindung mit:

Zwischensprint nötig – mehr Anstrengungen im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3655

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/3305 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3655 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

- 7 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren!** **34**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3306
- Ausschussprotokoll 18/228 (Anhörung am 26.04.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/3306 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.
- 8 Einsamkeit in NRW: Warum jetzt gehandelt werden muss!** **37**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4852
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich an einer eventuellen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen.
- 9 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowieso ein echtes Solidarticket** **38**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an einer eventuellen Anhörung des Verkehrsausschusses zu beteiligen.

- 10 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen** **39**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.
- 11 Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in NRW – Entwicklung der letzten Jahre** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]*) **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1415
- Wortbeiträge
- 12 Familienfest.NRW** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **43**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 13 Verschiedenes** **45**

1 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung am 15.11.2022)

(Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 31.08.2022)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) bittet, die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Die Beratung wird verschoben.

2 Weiter aufholen in schwierigen Zeiten – Jugendverbandsarbeit stärken.

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/982

Ausschussprotokoll 18/132 (Gespräch mit Gästen am 19.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags am 29. September 2022)

Marcel Hafke (FDP) hält fest, der Ausschuss habe lange über das Thema diskutiert. Es gebe immer wieder die Möglichkeit, guten Vorschlägen zuzustimmen. Es habe ein Gespräch mit Gästen stattgefunden. Alle Beteiligten hätten gesagt, dass die Vorschläge in die richtige Richtung gingen. Man sollte die Verbände unterstützen. Er appelliere an die anderen Fraktionen, das auch zu tun. Davon würden alle profitieren, insbesondere die Jugendlichen, die dort tätig seien. Das Signal sollte man nach Corona und nach den letzten Monaten auch in diese Richtung senden.

Christin Siebel (SPD) schickt voraus, die SPD-Fraktion stimme dem Antrag grundsätzlich zu, würde aber noch etwas weitergehen wollen. Vor den Sommerferien sei es darum gegangen, dass die Mittel in den Kinder- und Jugendförderplan überführt werden sollten. Sie sehe aktuell, dass den Verbänden mehr Aufgaben zugetragen würden, es sich allerdings nicht um eine wirkliche Aufstockung handele, sondern nur um eine Dynamisierung. Sie frage, wie die Aufgaben vor Ort umgesetzt werden sollten.

Tom Brüntrup (CDU) gibt an, seine Fraktion sehe die Forderungen weiterhin als überholt an. Wie versprochen, seien die psychischen Folgen von Corona in den Kinder- und Jugendförderplan integriert worden. Es gebe zusätzliche Mittel durch die Dynamisierung, aber darüber hinaus auch beispielsweise im Bereich der Ferienfreizeiten. Der Antrag sei in weiten Teilen obsolet. Deswegen werde sich an der Meinung seiner Fraktion diesbezüglich nichts ändern.

Norika Creuzmann (GRÜNE) merkt an, die Vertreter*innen der Jugendverbände hätten auf die verschiedenen Problemlagen aufmerksam gemacht und deutlich gemacht, dass der vorliegende Antrag nur einen kleinen Teil davon abdecke. Sie wolle jetzt nun nicht wiederholen, was die Koalitionsfraktionen alles schon auf den Weg gebracht hätten. Damit die Jugendverbandsarbeit im Allgemeinen besser anerkannt werde, daran müsse man gemeinsam arbeiten. Dazu sollte man in einer anderen Runde über andere Anträge sprechen, die die Problemlage besser abdecken würden.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) unterstreicht, die Sozialdemokraten befürworteten die grundsätzliche Richtung des Antrages. In der Debatte gebe es scheinbar unterschiedliche Wahrnehmungen, was Dimensionen angehe. Wenn gesagt werde, dass die Gedanken

von Aufholen nach Corona in den Kinder- und Jugendförderplan überführt worden seien, dann sei das richtig. Aber durch das Aufschreiben seien noch nicht mehr Maßnahmen getroffen. Die Dynamisierung – das sei berechtigt dargestellt worden – sei die notwendige Dynamisierung, wie sie seit Jahren erfolge. Wenn man allerdings an der einen Stelle mehr Aufgaben habe im Sinne, psychosoziale Belastungen zu verringern, aber auf der anderen Seite keinen realen Aufwuchs, dann leide die Kinder- und Jugendverbandsarbeit an anderer Stelle. Das könne nicht gemeinsames Ziel sein. In dem FDP-Antrag stehe die berechtigte Forderung, auch vor dem Hintergrund, dass die zusätzlichen Inflations- und Energiekosten nur unzureichend durch diese Landesregierung abgebildet worden seien.

Bei einem zweiten Punkt sehe er durchaus den Charme des Antrags, dass mit einer Juleika kostenfrei auch die ÖPNV-Nutzung stattfinden solle. Seine Fraktion habe da weitergehenden Vorstellungen, was man in dem Antrag zum ÖPNV sehen könne. Die SPD wolle, dass Kinder und Jugendliche perspektivisch komplett kostenfrei den ÖPNV nutzen könnten. Nun wolle seine Fraktion aber keine Forderungen, die in die richtige Richtung gingen, deswegen ablehnen, weil man noch bessere habe.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/982 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SPD ab.

3 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags an den AULNV – federführend – sowie
an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 26.01.2023)*

Norika Creuzmann (GRÜNE) merkt an, der Antrag sei in dem anderen Ausschuss noch nicht abschließend beraten worden. Die Anhörung zu dem Antrag sei sehr positiv gewesen, relevante Aspekte seien hervorgehoben worden. Es wäre wunderbar, wenn diese Strategie vom Landwirtschaftsministerium umgesetzt werde. Sie empfehle, diesem Antrag zuzustimmen.

Klaus Hansen (CDU) macht darauf aufmerksam, dass es einmal um die Weiterentwicklung des Kantinenprogramms gehe, wobei man nicht nur die Verpflegung in den Kindergärten und Schulen im Blick habe, sondern das Kantinenprogramm für alle großen und kleinen Häuser. Das Ganze gehe auch in eine andere Richtung. Im Herbst werde noch ein Antrag eingebracht, in dem es um die Ernährungsbildung gehe. Das werde auch im Landwirtschaftsministerium verankert sein. Nach der Sommerpause gehe es jetzt in der Beratungen. Das betreffe den Bereich Bildung, Wertschöpfung von Nahrungsmitteln. Es solle ein Bildungsprogramm für Kindergärten und Schulen entwickelt werden. Das sei zweigleisig. Hier gehe es in erster Linie um das Kantinenprogramm.

Frank Müller (SPD) betont, er könne sich der Lobeshymne nicht anschließen. Er habe auch an der Anhörung teilgenommen. Am Ende könne man sagen, der Antrag sei von folgender Richtigkeit. Da stehe vielleicht nichts Falsches drin, aber das könne nicht ausreichen, um im Fachausschuss diesem Antrag zuzustimmen. Man sei in den Debatten auch in der letzten Wahlperiode weiter gewesen. Es habe Antragsstellungen seiner Fraktion und auch umfangreiche Anhörungen gegeben. Er bedauere sehr, dass dieser Antrag weiter hinter den Erkenntnisstand von damals zurückfalle, auch hinter die Notwendigkeiten.

Er könne den Antrag nur vor dem Hintergrund bewerten, wie er sich auf den Bereich auswirke, den der Ausschuss hier zu verantworten habe. Der Ausschuss sei aufgefordert, sich dazu zu verhalten. Er könne diesem Antrag nicht zustimmen, weil im Förderungsteil nichts zur Kita-Verpflegung stehe. Das Wort Kita stehe im Begründungsteil einmal drin. Der Antrag sei zu einer Zeit entstanden, in der man schon auf die Pro-

bleme der frühkindlichen Bildungseinrichtungen hätte eingehen können, er lasse das Thema Schulen außen vor. Das könne man nächste Woche im Schulausschuss beraten.

Es fehle die kostenfreie Verpflegung, die soziale Situation von Familien, die massiven Preissteigerungen. Nicht thematisiert werde, dass das KiBiz das Thema „Ernährung“ im Prinzip nicht aufgreife, dass mit Blick auf den Einbau von Küchen die Investitionskosten gerade durch die Decke gingen – er denke an den Einbau von Wirtschaftsküchen und steigende Edelstahlpreise. Man müsse sich auch fragen, wie die Landesregierung das alles in einem künftigen KiBiz bei den Punkten, die als künftige Revisionschritte anstünden, berücksichtigen wolle. Es sei auch zu überlegen, wie Küchenkräfte zusätzlich gefördert werden könnten.

Auf das alles hätte man eingehen können, auch auf die Fragen, welchen Stellenwert das Thema habe, welchen Standard man sich wünsche, ob man Cook and Chill, Frischküche wolle, wer sich in den Einrichtungen darum kümmere, wie es Einrichtungsträger verantworten wollten. Über all das hätte man sprechen können. Man hätte auch über einen Orientierungsrahmen sprechen können, woran sich die Einrichtungen orientieren sollten, ob man den DGE-Qualitätsstandard übernehme, ob man sich daran orientiere, was der finanzielle Rahmen sei, ob es ein Sonderinvestitionsprogramm gebe.

Es gebe nicht nur Neubauten in der Kita-Landschaft. Viele Träger, insbesondere die kirchlichen Träger, verfügten über sehr kleine Einrichtungen, in denen zum Beispiel das Thema Ernährung, Frisch-Kochen überhaupt nicht angegangen werden könne, weil es da keine räumlichen Ressourcen gebe. All diese Fragen hätte man miteinander besprechen können. Das werde hier gar nicht erwähnt. Folgerichtig seien diese Fragen auch nicht Teil der Anhörung gewesen. Insofern wundere es ihn nicht, dass zu dem sehr allgemein gehaltenen Antrag die Anhörung am Ende positiv ausgegangen sei. Wenn man Anträge so schreibe, wisse er auch nicht, wie eine Anhörung anders ausgehen solle.

In der Anhörung habe es leise Kritik daran gegeben, dass genau diese Leerstellen durch den Antrag nicht abgearbeitet würden. Insofern sei er gespannt auf das, was die Ministerin für den Herbst angekündigt habe. Da habe die Ministerin die Chance, das besser zu machen. Nur weil da nichts Falsches drin stehe, werde seine Fraktion diesem Antrag, der kein einziges Problem aufgreife, das seit Jahren in der Kitalandschaft bestehe, nicht zustimmen können.

Marcel Hafke (FDP) merkt an, Herr Müller habe zu dem Thema alles gesagt. Deswegen werde seine Fraktion dem Antrag auch nicht zustimmen.

Zacharias Schalley (AfD) betont, der Antrag enthalte viele Binsenweisheiten, die jeder mittragen könne. Gleichzeitig werde wieder die Quadratur des Kreises versucht. Das Essen solle gesund und regional sein, es müsse auch bezahlbar sein, gerade in öffentlichen Einrichtungen. Dann sollten die Kitas und Schulen noch mehr Zusatzaufgaben in einem System übernehmen, das ohnehin schon kurz auf knapp genäht sei. Woran es vor allen Dingen fehle, sei der Aspekt, dass die Lebensmittelverschwendung, die in öffentlichen Verpflegungsstätten, in Kantinen stattfinde, wo am meisten

weggeschmissen werde, bekämpft werden müsse. Da sehe er keinen Lösungsansatz. Von daher werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Klaus Hansen (CDU) meint, an Herrn Müller gewandt, es sei nicht Aufgabe des Ausschusses, darüber zu entscheiden, wie die Farbe der Küche in der katholischen Kita aussehe. Das gehe zu weit. Wenn man den Antrag richtig gelesen habe, würden in der Argumentation Kindertagesstätten und andere aufgeführt. Das habe man im Blick. Man könne sich darauf verlassen, dass die Koalitionsfraktionen die Sache sauber und ordentlich durcharbeiteten.

Frank Müller (SPD) plädiert dafür, entlang dessen zu diskutieren, was man tatsächlich sage. Es gehe nicht um Küchenfarben, sondern es gehe darum, dass die Frage von Kücheninvestitionen, Küchenkräften überhaupt nicht geregelt sei. Das könne man über Investitionskosten abbilden. Es gehe um den Stellenwert von Küche, das, was pädagogische Frischküche bedeute. Da gehe es nicht um gelb, rot oder grün. Da könne man nicht sagen, man wolle sich jetzt einmischen.

Der Landesgesetzgeber sei zuständig für die frühkindliche Bildung und das, was man in der frühkindlichen Bildung wolle. Wenn man der Auffassung sei, das Thema „gesunde Ernährung“ gehöre dazu, dann müsse man das auch regeln. Dann könne man nicht einfach sagen: „Vertrauen Sie uns, wir haben das im Blick.“ Wenn man es im Blick habe, müsse man es aufschreiben, mit Forderungen hinterlegen. Dann müsse man dazu Haushaltsanträge stellen. All das hätten die Koalitionsfraktionen bei den letzten Haushaltsberatungen nicht getan, würden sie höchstwahrscheinlich bei den nächsten Haushaltsberatungen auch nicht tun. Das hätten die Koalitionsfraktionen mit diesem Antrag auch nicht getan.

Im Forderungsteil beschäftige man sich überhaupt nicht mit den Fragen, was nötig in Kitas und Schulen sei, um die Verpflegungssituation zu verbessern. Auch wenn es angeblich so gemeint sei, sei es dennoch nicht im Antrag zu lesen. Er könne doch nur entlang dessen diskutieren, was in dem Antrag niedergeschrieben sei. Der Ausschuss mache hier ja keine Textinterpretation. Es werde etwas aufgeschrieben, ein Auftrag an die Landesregierung formuliert. Dieser Auftrag an die Landesregierung führe nicht dazu, dass in dem Bereich, den Herr Hansen gerade beschrieben habe, irgendetwas passieren werde.

Im Herbst gebe es noch einmal einen Antrag, den man miteinander beraten werde. Vielleicht werde er etwas konkreter. Vielleicht überrasche man ihn ja in den Haushaltsberatungen. Um die Farbe der Küchen gehe es nicht. Edelstahl habe in der Regel nur eine Farbe, sei am Ende Silber. Anders sähen Wirtschaftsküchen aus seiner Sicht nicht aus. Da wolle er sich nicht einmischen. Aber für die Träger sei nichts geregelt. Es gehe schlichtweg darum, dass die Politik deutlich mache, welche Qualität, welche Notwendigkeiten gesehen würden. Dazu werde nichts gesagt. Seine Fraktion werde dem Antrag so nicht zustimmen.

Norika Creuzmann (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass in der Anhörung ein paar Punkte genannt worden seien, die zu kurz gekommen seien oder nicht genannt

worden seien. Die Anhörung habe einzelne Aspekte beleuchtet. Dieser Antrag fordere die Landesregierung auf, eine Strategie zu entwickeln und Punkte aus der Anhörung zu berücksichtigen. Nachdem diese Strategie vorgestellt worden sei, könne der Ausschuss gemeinsam überlegen, was fehle, was verbessert werden müsse, was vielleicht unnötig sei.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

4 NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2552

Ausschussprotokoll 18/244 (Anhörung am 10.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 26.01.2023)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) stellt heraus, im Gegensatz zu dem Antrag, über den eben diskutiert worden sei, stünden in diesem Antrag zum Masterplan sehr konkrete Forderungen für den Bereich der frühkindlichen Bildung. Er finde es wichtig, einen solchen Masterplan zu haben, denn die Gesundheit der Kinder sei eine Aufgabe, die durchgehend betrachtet werden müsse. Dieser Antrag orientiere sich an einem Lebensphasenmodell. Das müsse schon vor der Geburt eines Kindes einsetzen. Auch da müsse die Unterstützung der werdenden Mütter – sei es über Hebammen, über Beratung und dergleichen – schon frühzeitig erfolgen. Das wirke sich später auch auf ein gelingendes Aufwachsen des Kindes aus.

In dem Antrag werde konkret aufgeführt, was sich in den Kitas und Schulen ändern müsse. Natürlich gehe es in dem Zusammenhang auch um die Frage, wie gut die Versorgung mit Fachkräften sei. Nun greife er das auf, was man eben gerne diskutiert hätte. Im Masterplan stehe beispielsweise drin, welche Vorstellungen seine Fraktion habe, was für eine gesunde Ernährung für Kinder und Jugendliche wichtig sei und welche Standards da eigentlich gesetzt werden müssten. Eine Orientierung an der Deutschen Gesellschaft für Ernährung könnte da sehr hilfreich sein, damit man ein einheitliches Niveau der Verpflegung in den Einrichtungen bekomme.

Seine Fraktion habe dazu Kleine Anfragen gestellt. Die Landesregierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, es sei alles Trägeraufgabe, wie das entsprechend funktionieren solle. Auch die Frage der Kostenfreiheit des Mittagessens in Kitas sei aus Sicht der Landesregierung Trägeraufgabe. Jedenfalls wolle diese Landesregierung an der Stelle weder etwas mit Standards noch mit einer finanziellen Entlastung zu tun haben. Das halte seine Fraktion für ein falsches Signal, weil das auch für eine gesunde Ernährung, ein gesundes Aufwachsen der Kinder wichtig sei.

Natürlich gehe es nicht nur um Ernährung; es gehe beispielsweise auch um motorische Fähigkeiten und vieles mehr. Ihm sei wichtig, dass im Zuge von Multiprofessionalität Professionen in die Einrichtungen kämen, die sich mit dem Thema „Gesundheit“ befassen würden. Die Fragestellung dürfe nicht erst bei der Schuleingangsuntersuchung in einem Alter von 4,5 Jahren geklärt werden, sondern es müsse deutlich früher nach dem motorischen, nach dem sprachlichen, kognitiven und sozialen Entwicklungs- und Gesundheitszustand geschaut werden. Das setze voraus, dass die verschiedenen

Hilfesysteme ineinander griffen, dass es einen Dialog zwischen Ärzteschaft und Kita gebe. Er glaube, dass die Bildungsdokumentation da von herausragender Bedeutung sein könne.

Seine Fraktion sei in dieser Frage deutlich konkreter. Sie denke vernetzt und ressortübergreifend. Er würde es sehr begrüßen, wenn diesem Gedanken von der Mehrheit des Ausschusses gefolgt werden könne.

Katharina Gebauer (CDU) führt aus, wie im Plenum angesprochen und gerade aufgezeigt, werde in diesem Antrag ein großer Bogen über die verschiedensten Themen geschlagen – von Hebammenbetreuung bis zur Jugendarbeit. Es sei sehr umfassend. Die Absicht des Antrags sei grundsätzlich zu begrüßen. Jedem im Ausschuss hier sei das Thema „Kindergesundheit“ sicher ein wichtiges Anliegen. Nichtsdestotrotz sei der Antrag ein Sammelsurium von Einzelforderungen und kein wirklicher Masterplan, der aufeinander aufbaue. Das habe auch die Anhörung gezeigt.

Die Sachverständigen, unter anderem Professorin Dr. Joisten von der Deutschen Sporthochschule Köln, hätten deutlich gemacht, dass der Antrag wenig konkret seien. Es gebe zu viele Einzelförderungen, die nicht gleichzeitig einen Masterplan darstellen würden. Professorin Dr. Joisten sage auch, es liege kein tragfähiges Konzept vor. In manchen Teilen gebe es sogar Widersprüche.

Auch die Stadt Düsseldorf habe, wie bereits in der Plenarrede geschildert, festgestellt, dass die Vielzahl an Einzelforderungen kein Gesamtkonzept und erst recht keinen Masterplan darstellen würden. Gleichzeitig spielten relevante Themen – das sage zum Beispiel die Ärztekammer Nordrhein –, zum Beispiel substanzgebundene Abhängigkeiten, überhaupt keine Rolle in diesem Antrag. Der Antrag selbst weise keine klare Struktur innerhalb der einzelnen Unterthemen auf. Manchmal werde es konkret. Dann sei die Rede von Schwimmcontainern, die die Landesregierung schon auf den Weg gebracht habe. In anderen Teilen heiße es sehr global: Kinder- und Jugendarbeit stärken.

Die Kindergesundheit sei ein wichtiges Thema, da seien sich alle einig. Der Antrag weise nicht den richtigen Weg. Man müsse viel zielgerichteter arbeiten. Das hätten auch die vergangenen Jahre gezeigt. Viele Dinge seien angepackt worden. Sie erinnere daran, dass die Landesregierung in den nächsten fünf Jahren 2,5 Milliarden Euro in die Umsetzung des Krankenhausplanes stecken werde. Viele Dinge, etwa die einjährige Ausbildung bei der Pflegeassistenz, seien angepackt worden. Das würde Wirkung zeigen. Auch im Bereich der Kinderkrankenpflege seien Wirkungen zu bemerken. Des Weiteren sei das Thema der dualen Ausbildung im Hebammenwesen angepackt worden, was die Attraktivität des Hebammenberufes in den Fokus nehme.

Der Bereich „Sport und Ehrenamt“ oder das Thema „Einsamkeit“ würden angegangen. Es sei zu fragen, wie gesamtgesellschaftlich dazu beigetragen werden könne, dass Kinder in Schulen mitgenommen würden. Gerade nach Corona sei das ein wichtiges Anliegen. Da habe die Landesregierung schon viele Schwerpunkte gelegt, viele Dinge umgesetzt. Das gelte es weiter auszubauen. Das Sammelsurium des Antrags helfe nicht weiter. Der Antrag passe mit der Überschrift „Masterplan“ nicht zusammen. Die

Koalitionsfraktionen wollten zielgerichtet arbeiten. Die Maßnahmen müssten ankommen. Deswegen werde ihr Fraktion den Antrag ablehnen.

Eileen Woestmann (GRÜNE) verweist darauf, dass Frau Gebauer viele richtige Punkte gesagt habe. Die Hauptfrage sei, was ein Masterplan sei und wie ein solcher entstehe. Sie persönlich finde es wichtig, dass bei der Erstellung der Gesamtstrategie eines Masterplans verschiedene Akteur*innen mit eingebunden würden und ihre Expertise, ihre Sichtweise mit einbringen könnten. Das sei bei dem Antrag offensichtlich nicht passiert, sondern es sei eine Idee der SPD mit vielen Einzelmaßnahmen.

Wenn man darüber nachdenke, was eine Planstrategie sei, müsse klar sein, dass es nicht viele kleine Projekte seien, die sich in irgendeiner Art und Weise zusammensetzten, sondern es müsse darum gehen, dass die Bereiche Hand in Hand arbeiteten und sich gegenseitig ergänzen würden. Dafür gebe es in NRW schon eine Grundlage mit „kinderstark – NRW schafft Chancen“ gegen Kinderarmut, wo bestehende Felder zusammen gedacht werden sollten und Hand-in-Hand arbeiten müssten. Wichtig dabei sei, wenn man Probleme sehe, nicht zu versuchen, ein Problem isoliert zu lösen und das Problem B, C und D nicht mit einzubinden, sondern dass man alle Bereiche mit in den Blick nehme und daraus eine Lösung schaffe.

In der Anhörung sei dargestellt worden, dass das Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ als Grundlage dienen könne. Es sei gut und wichtig, darauf aufzubauen.

Sie habe den Fachtag gegen Kinderarmut in Essen besucht. Es sei beeindruckend gewesen zu sehen, wie viele breite Angebote es zum Bereich Kinderarmut gebe, die teilweise auch im Bereich Kindergesundheit aktiv seien, und wie schwierig das Thema Vernetzung unter den Akteur*innen und den Angeboten sei. Sie glaube, dass man da besser werden müsse, Vernetzung zu ermöglichen, in welcher Form auch immer diese Vernetzung auszubauen. Genau das brauche man auch im Bereich der Kindergesundheit, weil dieser Bereich sehr wichtig sei.

Marcel Hafke (FDP) meint, in dem Antrag stehe nichts Falsches. Es würden wichtige relevante Punkte aufgeführt. In der Abstimmung werde sich seine Fraktion bei dem Antrag enthalten, auch wenn die Maßnahmen alle richtig seien und umgesetzt werden müssten. Zwei, drei Dinge könnten allerdings zu Problemen führen – Stichwort: Fachkräftemangel. Man brauche mehr Personal in verschiedenen Bereichen, habe aber nur eine begrenzte Anzahl von Menschen, die dort tätig sein, was zu Schwierigkeiten führen könne. Zunächst müsse also die Frage beantwortet werden, wie man an mehr Fachkräfte komme. Dann könne man entsprechend aufsatteln und ausbauen. Das betreffe auch Kinderärzte, Gesundheitspfleger an Schulen. Man könne mit dem vorhandenen Personal nur einmal arbeiten.

Ein besonderer Schwerpunkt müsse insbesondere nach Corona auf das Thema „Therapieplätze“ gelegt werden. Das haben nicht nur mit Corona zu tun, sondern grundsätzlich. Das sei zum Teil Bundesangelegenheit. Man könne aber den Rahmen in NRW da deutlich verbessern.

Eben sei das Thema „Mittagessen“ angesprochen worden. In dem Antrag zuvor sei inhaltlich darüber geredet worden. Es sei wichtig, die Kostenfrage in den Blick zu nehmen und das Mittagessen perspektivisch beitragsfrei zu machen. Mittlerweile lägen die Beiträge in der Tagespflege bei über 100 Euro im Monat. Das seien Kategorien, die Menschen finanziell in Schwierigkeiten bringen könnten, die sich dann überlegen würden, ob sie sich noch leisten könnten, dass ihre Kinder ordentlich versorgt würden.

Seine Fraktion werde sich bei dem Antrag enthalten. Es sei wichtig, sich politisch darüber zu verständigen. Wenn man ein Masterplan daraus machen wolle, sollte man das systematisieren und strukturieren. Die inhaltlichen Punkte würden aber nicht schlechter.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) kommt darauf zurück, dass Frau Woestmann gesagt habe, die Hauptfrage wäre, was ein Masterplan sei. Für seine Fraktion sei die Hauptfrage, wie man die Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen verbessere. Er finde die Antworten der regierungstragenden Fraktionen ein wenig verzweifelt. Wenn man hier über Kindergesundheit und über ein an Lebensphasen orientiertes Modell sprechen wolle und dann etwas über den Krankenhausplan erzählt werde, dann gehe das ziemlich am Thema vorbei.

Wenn dann der Hinweis auf das Programm „kinderstark“ komme, mit dem man offensichtlich jetzt nicht nur die Kinderarmut, sondern auch noch die Kindergesundheit in Nordrhein-Westfalen in den Griff bekommen wolle – dieses Programm habe eine Größenordnung von 15 Millionen Euro –, dann wisse er nicht, ob man über ähnlich gelagerte Dimensionen sowohl der Probleme als auch der Herausforderungen an dieser Stelle spreche. Das finde er von Seiten der regierungstragenden Fraktionen schade. Es wäre beruhigend gewesen, wenn jetzt eine Ankündigung gekommen wäre, dass man das, was in dem Masterplan stehe – die FDP habe recht, da stünden nur richtige Forderungen drin –, als Grundlage nehme, um daraus einen eigenen Ansatz zu machen. Dieser Anspruch sei noch nicht einmal da.

Die Debatte, wie sie von Teilen des Ausschusses geführt werde, sei eine reine Verteidigungsdebatte, warum an der Stelle weder eigene Ideen noch eigenes Handeln da seien. Das bringe die Kinder in diesem Land und die Familien leider kein Stück voran.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) legt dar, so wie Kindergesundheit im Antrag angelegt worden sei – da sei sie bei den Kolleginnen und Kollegen dabei –, da stehe nicht unbedingt nur Falsches drin, das sei gar keine Frage. Sie glaube, alle eine im Ausschuss, dass man selbstverständlich die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern zentral in den Fokus nehme. Jetzt zu sagen, das gehe an der Diskussion vorbei, wenn die regierungstragenden Fraktionen darauf aufmerksam machten, dass es unterschiedliche Gesichtspunkte gebe, die zu einem guten und gesunden Aufwachsen von Kindern beitragen, dann wisse sie nicht, wer an dieser Stelle zu kurz springe.

Sie wolle auf ein paar Punkte aufmerksam machen, die in der konkreten Umsetzung seien. Das betreffe etwa die berechtigte Frage des Mittagessens. Ja, auch die Landesregierung werde sich weiter Gedanken über diese Frage machen. Es sei derzeit schon möglich, von den BuT-Mitteln für Essensbeiträge seitens derjenigen, die den größten Bedarf hätten, zu profitieren. Durch die Wohngelderhöhung sei der Anspruchs-

berechtigtenkreis ausgeweitet worden. Für diejenigen seien dankenswerterweise Möglichkeiten geschaffen worden. Es sei gut, dass es von Seiten des Bundes eine Ausweitung gegeben habe, die diesen Familien auch tatsächlich helfe. Das müsse man an der Stelle konstatieren.

Ein Punkt, den Frau Gebauer angedeutet habe, sei die Frage der Bewegung. Das werde auch in dem Antrag aufgeführt. Am 26. April hätten die Staatssekretär*innen Milz und Bahr eine Rahmenvereinbarung gemeinsam mit dem LSB und der Sportjugend zum Thema „frühkindliche Bildung, Bewegung fördern“ unterzeichnet. Es gebe eine zunehmende Anzahl an anerkannten Bewegungskindergärten in Nordrhein-Westfalen, auch mit dem Schwerpunkt Ernährung, auch mit dem neu hinzugekommenen Schwerpunkt, der sich mit der Frage psychischer, psychomotorischer Auswirkungen beschäftige.

Auch das seien Bausteine, die zu einem guten und gesunden Aufwachsen einen wichtigen Beitrag leisten würden, wenn es in den Kitas um die Frage motorischer Entwicklung, kognitiv-sprachlicher Entwicklung, sozial-emotionaler Entwicklung und um die Frage gehe, was Bewegung dabei leisten könne. Sie rede gerne zum Thema „Sport“ und zur Bedeutung des Sports für die Entwicklung von Kindern und für gesundes Aufwachsen. Aber es gebe auch noch andere Bereiche, die für gutes und gesundes Aufwachsen von Kindern einen wichtigen Beitrag leisteten. Da sei man in Nordrhein-Westfalen durchaus auf einem guten Weg.

Ein Stichwort sei das Landeskinderschutzgesetz. Kinderschutz sei ein wichtiger Bereich, wenn es um die Frage von Kindergesundheit gehe. Da seien sich alle im Ausschuss einig. Deswegen sei das Landeskinderschutzgesetz auch gemeinsam auf den Weg gebracht worden. Es sei richtig, dass Nordrhein-Westfalen das weitestgehende Kinderschutzgesetz habe, das auch mit Geld hinterlegt habe, damit kommunale Strukturen aufgebaut werden könnten, damit Schutzkonzepte in Kita, in Schule, in Jugendeinrichtungen wirksam werden könnten. Schritt für Schritt gehe das jetzt in die Umsetzung, weil so etwas auch nicht von heute auf morgen passieren könne. Das unterstütze die Landesregierung an vielen unterschiedlichen Stellen.

Auch wenn sich alle wünschen würden, dass es für viele Programme viel mehr Geld gäbe: 15 Millionen im Bereich „kinderstark“ haben oder nicht und damit Projekte unterstützen zu können oder nicht, das mache für die Kinder, die armutsgefährdet seien, einen großen Unterschied. Das meldeten auch die Kommunen zurück, die die „kinderstark-Mittel“ einsetzen würden, unter anderem, um Präventionsketten mit aufzubauen, um Lotsendienste gerade im Gesundheitsbereich zu unterstützen. Es sei ein elementarer Beitrag zur Gesundheitsförderung von Kindern, zur Förderung von Familien und zur Unterstützung, wenn man dort Anreize setze, Unterstützung geben könne, damit in den Kommunen Präventionsketten zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien auf den Weg gebracht werden könnten.

Armut sei selbstverständlich ein zentrales Gesundheitsrisiko. Das würden alle Studien belegen. Dementsprechend sei es wichtig, die Armut in den Blick zu nehmen, auch als einen Teil von Gesundheitsprävention, Gesundheitspolitik. Viele Punkte müssten weiter diskutiert werden. Es sei gut und richtig, dass intensiv über das Thema „Kindergesundheit“ auch im Landtag, in der Öffentlichkeit diskutiert werde. Alle seien sich einig,

dass das an vielen Stellen in der Vergangenheit zu kurz gekommen sei, auch die ganzheitliche Betrachtung, wie gutes und gesundes Aufwachsen überhaupt aussehen könne.

An vielen Stellen gebe es aber gute ausgebaute Ansätze, funktionierende Ansätze, wobei Nordrhein-Westfalen nicht bei null anfangen, wie das manchmal in den Debatten suggeriert werde. Es gebe viele unterschiedliche Ansätze, die ein gutes und gesundes Aufwachsen, die Kindergesundheit in diesem Land unterstützen würden.

Frank Müller (SPD) greift den Teilaspekt „Ernährung“ heraus. Das, was die Ministerin dazu gesagt habe, wolle er nicht als Kritik verstehen, weil das Ministerium ja für bestimmte Dinge gar nichts könne. Die Ministerin habe BuT angesprochen. Die BuT-Mittel seien auf den Wohngeldberechtigten-Kreis ausgeweitet worden, was die Ministerin jetzt als Allheilmittel ansehe. Die Praxis in die Einrichtungen vor Ort zeige, dass es manchmal nicht ganz so einfach sei mit den BuT-Mitteln.

Die Beantragung sei grundsätzlich schambehaftet. Auch gebe es hohe konkrete Anforderungen der Arbeitsagenturen, der Jobcenter, je nachdem, ob man eine Optionskommune sei oder nicht, die mit Blick auf die Frage der Genehmigung problematisch seien. Es müsse jemand dahin gehen, den Antrag abgeben, wobei man beispielsweise in den Einrichtungen gar nicht in der Lage sei, die Anträge mithilfe von Familiencoaches zu sammeln, um zu vereinfachten Beantragungsverfahren zu kommen. Das löse auch die Frage der Ernährung, des Frühstücks zuhause nicht. So würden Fachkräfte vor Ort häufig schildern, dass am Ende des Monats die Frühstücksbox immer leerer werde und zuletzt nur noch eine trockene Scheibe Toastbrot darin liege. Diesen Fragen sollte man sich stärker zuwenden.

Er wollte damit sagen, dass BuT-Mitteln gut seien, dass sie aber an vielen Stellen nicht die letzte Antwort sein könnten. Man müsse sich gemeinsam – das gelte sowohl für die Ebenen Bund, Land, aber auch für die Kommunen – intensiver Gedanken über die Frage machen, wie man zu Verfahrensvereinfachungen kommen könne. Dabei sollte man versuchen, Menschen nicht zu stigmatisieren, dass bestimmte schambehaftete Dinge nicht passieren würden, dass am Ende das Geld auch bei denen ankomme, die es bräuchten, nämlich bei den Kindern. Ihm sei wichtig, den Hinweis zu geben. Die Mittel seien teilweise da, würden einfach nicht abgerufen. Dann könne man natürlich sagen, das sei ein Problem der Eltern. Dennoch sollten sich die Verantwortlichen im politischen Raum intensiver darum kümmern.

Er habe phasenweise den Eindruck, dass man als Vorgriff auf die Haushaltsdebatte hier über den einen oder anderen Euro so rede, als gehe es eher darum, bestimmtes Geld nicht mehr ausgeben zu können oder zu wollen. Das werde noch einmal eine spannende Debatte.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) möchte den Haushaltsberatungen nicht vorgreifen. Es sei allen klar, dass die Haushaltsberatungen sicherlich nicht einfacher würden. Das würden auch alle auf Bundesebene erleben. Sie sei zu 100 Prozent dabei, dass es Gelder im System gebe, die aber nicht da ankämen, wo sie ankommen sollten. Das sei ganz sicher nicht die Verantwortung der Familien. Man müsse sich Gedanken

machen, wie vorhandene Gelder auch bei den Betroffenen ankämen. Es gebe Kommunen, die Wege gefunden hätten, wie man das vereinfachen könne. Die BuT-Mittel seien sicher gut. Dass sie ankämen, sei eher Hürden behaftet. Da müsse man gemeinsam Wege finden, wie man diese Mittel besser einsetzen könne. Sie seien kein Allheilmittel. Es sei aber wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass es sie gebe und das der Politik ins Aufgabenheft zu schreiben. Die Mittel, die es im System gebe, sollten genutzt werden, um gezielt Familien und Kinder zu unterstützen. Das sei eine gemeinsame Aufgabe.

Auch die Diskussion um die Kindergrundsicherung auf Bundesebene zeige, man werde wahrscheinlich weiterhin Komponenten eines Bildungs- und Teilhabepaketes in irgendeiner Art und Weise behalten. So verstehe sie das zumindest im Moment in den Diskussionen. Dann werde man schauen müssen, dass Mittel gezielt ankämen, damit Kinder davon profitieren könnten. An der Stelle sei man sicher nicht auseinander. Die Ausgabequote bei den BuT-Mitteln könne nicht zufriedenstellen, wenn nur ungefähr ein Drittel der Anspruchsberechtigten die Ansprüche geltend mache. Das müsse den Bund, die Länder und die Kommunen vor die Aufgabe stellen zu überlegen, wie man die Wege vereinfachen könne, damit das, was da sei und was Kindern und Familien zur Verfügung stehen solle, bei ihnen auch ankomme.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/2552 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

5 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2553

Ausschussprotokoll 18/248 (Anhörung am 11.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 25.01.2023)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) hält fest, verschiedene Ausschüsse seien mit der Thematik befasst. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sei auch nicht der federführende Ausschuss. Wenn es darum gehe, dem Thema Gewalt zu begegnen, dann sei es sinnvoll und richtig, dass auf verschiedene Ebenen angesetzt werde. Für den Bereich hier sei es wichtig, dass der Ausbau von Prävention stattfinde. Da habe man den Schlüssel in der Hand, wenn man verstärkt in Kinder- und Jugendarbeit in den Quartieren investiere, wo es zu diesen Gewaltausbrüchen gekommen sei.

Da gehe es darum, die Vernetzung zu den Sicherheitsorganen, zur Polizei und zur Feuerwehr zu stärken, um eine größere Verbundenheit mit dem Ortsteil hinzubekommen. Das alles müsse ein konsequentes Verfolgen dieser Straftaten begleiten. Das beste Dankeschön an die Einsatzkräfte, das man aus dem Bereich der Familienpolitik geben könne, sei, für eine starke Präventionsarbeit zu sorgen, damit solche Fälle in Zukunft unwahrscheinlicher würden.

Jens Kamieth (CDU) gibt an, Dr. Maelzer habe hier von einem Allgemeinplatz gesprochen, dem er nicht widersprechen könne. Tatsache sei aber, dass das wenig mit dem Antrag zu tun habe. Herr Maelzer habe eine Tiefe mit seinen Ausführungen erreicht, die der Tiefe seiner sonstigen Beiträge, auch des Kollegen Müller nicht entspreche. Das sei Allgemeinplatz. Das könne man vielleicht sonntags irgendwo erzählen. Es gebe einen Polizeibeamten im Raum, der so etwas vermutlich häufiger höre, der sich sicherlich wundere, wenn er sich die sonstigen Ausführungen in dem Antrag angucke. Als Jurist sage man ja immer, man müsse sich nur einen Punkt aussuchen, weshalb man etwas ablehne.

Der Antrag sei seiner Meinung nach weit weg von diesem Ausschuss. Er springe jetzt auf den einen Punkt. Da gehe es um die Idee, dass zum Schutz und der Sicherheit von Einsatzkräften in Feuerwehren und Rettungsdiensten eine gesetzliche Regelung zu erarbeiten sei, die Maßnahmen zum Schutz gegen Angriffe und Deeskalationstraining zum verbindlichen Teil ihrer Aus- und Fortbildung mache. Das sei echt ein Brüller. Für ihn sei das sogar die Aufforderung zur unterlassenen Hilfeleistung. Jemand im Rettungsdienst – sein Sohn sei Notfallsanitäter – komme zu einer Einsatzstelle, sehe

da eine verletzte Person vor einem Mob aufgebrachter Menschen und fange dann an, erst einmal zu deeskalieren. Das könne es wirklich nicht sein. Dieser Punkt sei völlig undurchdacht und gehe an der Realität vorbei. Das gelte auch für andere Punkte, wo die Silvesternacht als solche ein bisschen in das Licht gerückt werde, als seien die Polizei und die Einsatzkräfte sogar für die Eskalation verantwortlich. Diesen Antrag lehne seine Fraktion mit Freude ab.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) entgegnet, Kollege Kamieth habe gerade ein vollkommenes Zerrbild von dem Antrag gezeichnet. Wenn man den Einsatzkräften nötiges Rüstzeug mit an die Hand geben wolle, um in schwierigen Situationen bestehen zu können, dann sei das mit Sicherheit keine Täter/Opfer-Umkehr, sondern eine zusätzliche Unterstützung für die Einsatzkräfte. Das jetzt ins Lächerliche zu ziehen oder in sein Gegenteil zu verkehren, werde der Debatte nicht gerecht.

Ansonsten hätte er sich gefreut, wenn auf die Themen stärker eingegangen worden wäre, die diesen Ausschuss betreffen. Das sei an der Stelle nicht gewollt.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/2553 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Vorsitzender Wolfgang Jörg meint, jeder Abgeordnete sollte mindestens einmal einen 24-Stunden-Dienst bei der Feuerwehr oder bei der Polizei machen. Dann wisse man auch, was vor Ort passiere.

6 Chancengleichheit von Anfang an-Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3305

In Verbindung mit:

Zwischensprint nötig – mehr Anstrengungen im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3655

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags der SPD am 8. März 2023

Überweisung des Antrags der FDP an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie den Integrationsausschuss am 30.03.2023)

Vorsitzender Wolfgang Jörg macht darauf aufmerksam, zu beiden Anträgen sei eine schriftliche Anhörung durchgeführt worden. Diese sei in der letzten Sitzung ausgewertet worden. Die mitberatenden Ausschüsse hätten jeweils für die Ablehnung des Antrages der FDP Drucksache 18/3655 votiert.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) betont, der Antrag spiegele die Debatte wider, wie sie über den Sommer hinaus geführt worden sei und hätte geführt werden müssen, anscheinend unter mangelnder Beteiligung der Landesregierung. In der breiten Landschaft gebe es große Sorgen, ob unter den jetzigen Bedingungen das Angebot der frühkindlichen Bildung überhaupt aufrechterhalten werden könne. Es gebe keinen Brief, mit dem sich die Freie Wohlfahrt nicht an die Landesregierung wende und sage, es stünden Insolvenzen im Raum, es drohten Gruppenschließungen, es drohten Kitaschließungen. Über den Sommer habe man keine Antwort der Landesregierung, keine Antwort der regierungstragenden Fraktionen auf diese prekäre Lage gehört.

Wenn man an der Stelle den Fokus auf Fachkräftesicherung lege, dann sei der erste und wichtigste Punkt – so stehe es auch in diesem Antrag –, dass die Mehrkosten aufgrund der Energiekosten und der Inflationskrise abgebildet würden und dass vor allem auch die Kosten der Tarifsteigerungen kurzfristig übernommen würden. Ohne Geld könne man auch kein Personal entsprechend finanzieren.

Jetzt brauche man eine Fachkräfteoffensive, die es den Trägern möglich mache zu handeln. Im Moment machten sie das Gegenteil. Träger würden gezwungen, auf den

Mindestpersonalstandard runterzugehen und zu hoffen, irgendwie den August 2024 zu erreichen in der Hoffnung, dass dann die Steigerungen einigermaßen abgebildet würden. Er höre jetzt schon von vielen, sie würden den Sommer 2024, wenn sich nichts mehr tue, in dieser Form nicht erreichen. Dieses Szenario sei an Dramatik nicht zu überbieten. Er könne sich nicht vorstellen, dass sich die betroffenen Einrichtungen nur an seine Fraktion wenden würden. Bekannt sei, dass die Freie Wohlfahrt mit der Landesregierung im Gespräch sei, aber mit den Antworten nicht zufrieden sei.

Es reiche ja nicht, denen einfach nur auf die Schulter zu klopfen und zu sagen, es werde schon; es müsse auch entsprechend gehandelt werden, damit die Freie Wohlfahrt nicht mehr sagen, sie fühle sich hingehalten und von dieser Landesregierung ignoriert. Erst wenn diese Grundvoraussetzung erreicht sei – er wolle nicht sagen, dass das eine kleine Aufgabe sei, aber es sei eine notwendige Aufgabe –, dann könne man über die weiteren Themen sprechen. Eines der weiteren Themen, die in der Anhörung sehr begrüßt worden seien, sei die dauerhafte Finanzierung von Kitahelferinnen und Kitahelfern, und zwar abgesichert durch das Gesetz. Stattdessen habe die Landesregierung über Monate gebraucht, bis sie eine Verlängerung des Förderprogramms hingekriegt habe.

Mitten in die Debatte hinein, dass die Träger sowieso schon zu wenig Geld hätten, um den Personalstamm zu finanzieren, habe die Landesregierung gesagt, jetzt mache man noch eine zehnpromtente Eigenbeteiligung bei den Kitahelfern, die würden nicht aus KiBiz-Mitteln finanziert, das müssten echte Eigenanteile sein. Wie man der gesamten Kitalandschaft so einen Schlag in die Magengrube versetzen könne, das sei ein Geheimnis der Landesregierung, die wahrscheinlich gleich versuchen werde, das mit wohlgesetzten Worten kleinzureden. Statt den Trägern zu helfen, lege die Landesregierung ihnen noch mehr Steine auf den Rücken.

Was eine wirkliche Hilfe, ein Zukunftskonzept wäre, wäre endlich, die vollen Kosten der praxisintegrierten Ausbildung im Kitabereich, übrigens auch im OGS-Bereich, zu übernehmen, weil das kommunizierende Röhren der Fachkräftesicherheit seien, die man zusammen denken müsse. Es wäre ein wichtiger Punkt, endlich auch die ausländischen Fachkräfte ernst zu nehmen, die sich hier um eine Beschäftigung bewerben würden, und sie nicht Monate, zum Teil über ein Jahr auf Anerkennung warten zu lassen. Das sei kein roter Teppich, den man Fachkräften auslege, sondern das sei an der Stelle Steine in den Weg legen.

Die Ministerin sage, sie hätte sofort gehandelt, das Sofortprogramm wäre jetzt da. Wenn man im Sommer 2023 auf Vorschläge aus Sommer 2022 reagiere, dann sei das nicht unbedingt etwas, was er mit „sofort“ überschreiben würde. Das sei auch kein Programm zur Fachkräftesicherung, sondern es sei ein Programm, Professionen zusätzlich in die Kita zu bekommen und nicht dafür zu sorgen, dass es mehr Fachkräfte in den Einrichtungen gebe. Das alles fordere aber der Antrag. Das wäre ein zukunftsweisendes Konzept in die richtige Richtung.

Er ahne, dass die Koalitionsfraktionen dem Ganzen nicht zustimmen würden. Er wäre aber beruhigt, wenn die Landesregierung wenigstens skizzieren würde, was ihre Antwort auf die Problemlagen sei.

Marcel Hafke (FDP) führt aus, seiner Wahrnehmung nach sei kein Träger im Moment zufrieden mit der jetzigen Situation und auch nicht mit dem Handeln der Landesregierung. Es komme ein Brandbrief nach dem nächsten. Angst, Sorgen würden skizziert. Es werde gesagt, wenn das so weitergehe, werde man vor Kitaschließungen, Komplett- oder Teilschließungen, stehen, weil es finanziell und personell an allen Ecken und Enden brenne.

Kollege Dr. Maelzer habe schon ein paar Dinge angesprochen. Von dem Sofortprogramm sei bislang nur die Personalverordnung auf den Weg gebracht worden. Als die Ministerin das Sofortprogramm vorgestellt habe, sei bereits gesagt worden, dass die Maßnahme nicht ausreichen würde. 60 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, um Energiekosten abzufedern, das reiche nicht. Das sei die ganze Zeit klar gewesen. Man habe eine mathematische Grundlage angelegt, die sei allerdings zu kurz gesprungen. Jetzt brauche man ein beherztes Handeln. Jetzt müsse die Ministerin einen größeren dreistelligen Millionenbetrag in die Hand nehmen und ein Rettungspaket für die Kitas auf den Weg bringen. Ansonsten habe man im Herbst die nächste Problemwelle.

Es werde nicht erst seit drei Tagen darüber diskutiert, sondern seit Sommer letzten Jahres, seit dem Beginn der Legislaturperiode. Deswegen gebe es auch keine Ausreden mehr, warum irgendetwas nicht funktioniere. Es müsse gemacht werden.

Die Oppositionsfraktionen hätten mehrfach angeboten zu helfen und zu unterstützen. Er wolle Maßnahmen nennen, die helfen könnten. Wenn man sage, es gebe 20.000 Erzieher*innen zu wenig – das sei das größte Problem –, werde man trotzdem in den nächsten Monaten nicht 20.000 Erzieher*innen ausbilden können. Das heiße, man müsse die vorhandenen Kräfte möglichst entlasten. Diese Aufgabe sollte man angehen. Man könne mit einfachen Maßnahmen die Erzieher entlasten, zum Beispiel indem man Verwaltungskräfte in die Kitas hole. Dafür müsse das Gesetz geändert werden. Die Finanzierungsfragen müssten geändert werden. Das sei relativ einfach zu erledigen. Der Finanzminister müsse einen gewissen Spielraum zur Verfügung stellen. Aber das könne man machen. Diese Mitarbeiter kämen nicht aus dem pädagogischen Bereich, würden aber zu einer massiven Entlastung bei den Trägern und bei den Kitas sorgen.

Zweitens: Fest stehe, dass die Kitalandschaft, die Erzieher*innen durch Bürokratie stark belastet seien. Es gebe bürokratische Dinge, die das Kindeswohl beträfen und pädagogisch relevant seien, aber auch Sachen, die nicht so im Fokus stünden. Er würde empfehlen, alles, was pädagogisch nicht zwingend an Bürokratie gemacht werden müsse, auszusetzen, damit das Personal Zeit habe, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Der dritte Punkt, den man sehr schnell regeln könne – Kollege Maelzer spreche es an –, sei die Finanzierungslage. Entweder ändere man sehr schnell die Dynamisierung, ziehe sie vor – auch dieses Angebot stehe im Raum –, oder man gebe eine Einmalsumme ins System rein, damit die Menschen wieder Luft zum Atmen bekämen. Alles andere seien vielleicht gute Punkte, die man diskutieren könne, aber sie würden nicht zu einer Entlastung der Situation führen. Wenn man da nicht handele, dann werde die Hütte noch deutlich mehr brennen als bislang. Jetzt sei die Zeit der Ausreden abgelaufen. Die Ministerin sei ein Jahr im Amt. Sie müsse jetzt handeln. Die Situation bei den Erzieherinnen und Erziehern sei brandgefährlich, auch was Belastungsgrenzen

angehe. Man wisse, wie hoch die Krankenstände bei den Erzieherinnen und Erziehern nach wie vor seien. Man bekomme mit, was das für die Bildungschancen von Kindern bedeute. Von daher bitte er, auch wenn die Anträge abgelehnt würden, endlich mit dem Handeln anzufangen und keine Gesprächsvermerke mehr zu führen.

Er zitiere immer gerne den ehemaligen familienpolitischen Sprecher der SPD, Wolfgang Jörg: „Es gibt kein Erkenntnisdefizit, es muss gehandelt werden.“ Das sei schon damals richtig gewesen, es sei bis heute richtig geblieben.

Zacharias Schalley (AfD) schickt voraus, wie seine Fraktion zu dem Komplex stehe, sei hinlänglich bekannt. Er wolle das Stichwort aufgreifen, das Kollege Hafke genannt habe, man müsse die bestehenden Erzieher entlasten. Der Vorschlag seiner Fraktion sei bekannt, er sei nicht gewünscht. Man wolle lieber ein totes Pferd weiter reiten. Die Anträge beinhalteten im Grunde nur, dass man dieses tote Pferd noch einmal neu beschlage.

Er nenne ein Beispiel, dass als **die** Lösung verkauft werde, die Anwerbung von ausländischen Fachkräften. Da könne man sich nur auf die Verbände berufen, die darauf hingewiesen hätten, dass allein die Nachqualifizierung der ausländischen Fachkräfte aufgrund der Sprachdefizite immens sei. Das könne keine Lösung sein, da das nicht schnell genug umzusetzen sei. Bevor die Fachkräfte nicht die Standards erfüllten, die man in der frühkindlichen Bildung brauche, sei das unmöglich. Mit dem Argument, mehr ausländische Fachkräfte einzustellen, torpedierten die Antragsteller im Übrigen selber ihr Argument der frühkindlichen Bildung, wo es doch um einen Abbau der herkunftsbedingten Benachteiligungen gehe. Wenn die Erzieher und Erzieherinnen in der deutschen Sprache nicht so bewandert seien, dass die Kinder ein vernünftiges Deutsch lernen könnten, dann sei die Rechtfertigung für diese Aktion sowieso absurd. In diesem Sinne werde er beide Anträge ablehnen.

Eileen Woestmann (GRÜNE) hält fest, der Ausschuss habe mehrfach über diese Anträge diskutiert, und zwar zu Recht. Der Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sei ein Riesenproblem und eine extreme Herausforderung. Klar sei auch, dass ein Problem, das seit Jahren bestehe, nicht mal soeben gelöst werden könne. Den Aspekt von Qualität in den Einrichtungen könne man nicht von der Hand weisen. Sie persönlich finde es wichtig, dass die Qualität in den Einrichtungen auch erhalten bleibe.

Wenn man jetzt die Standards weiter absenke mit Blick darauf, wer alles in den Kitas arbeiten könne, dann werde das nicht dazu führen, dass mehr Menschen sagen würden, sie hätten Lust, Erzieherinnen oder Erzieher zu werden. Genau das Gegenteil werde passieren. Ihr werde zurückgespiegelt, dass viele Menschen in den Kitas große Angst hätten, dass die Qualität weiter absinke und ihr Beruf weiter ausgeschlachtet werde. Das könne nicht die Lösung sein.

Herr Maelzer habe gerade etwas sehr Interessantes gesagt. Er habe gesagt, dass sich die Freie Wohlfahrtspflege bezüglich der Tarifsteigerung ignoriert fühle und es ein Schweigen im Walde gebe. Gleichzeitig habe Dr. Maelzer gesagt, dass sie mit den Antworten, die es von der Regierung aktuell gebe, nicht zufrieden seien, was ja zeige, dass es offensichtlich Gespräche gebe. Es sei nicht von der Hand zu weisen, dass es nicht einfach sei, eine Lösung für das Problem der Tarifsteigerung zu finden. Eine

einfache Lösung, die man schnell hätte kommunizieren können, wäre gewesen, man mache gar nichts als Land.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das machen Sie gerade!)

Sie glaube, dass niemand hier das Interesse habe, nichts zu tun. Es sei wichtig, da eine Lösung zu finden. Es sei sehr herausfordernd, da eine gute Lösung zu finden, die auch tragfähig sei.

Herr Hafke sage, man müsse Bürokratie abbauen. Alles, was nicht zwingend notwendig sei, müsse unterlassen werden. Mit Blick auf den Kinderschutz müsse man fragen, wo man da tatsächlich die Bürokratie abbaue, die Dokumentationspflicht abbauen wolle. Sie erinnere daran, dass es im letzten Winter die Situation gegeben habe, dass der Wunsch da gewesen sei, tagesaktuell zu wissen, wie viele Erzieherinnen und Erzieher krank seien. Das sei auch eine Aufgabe, die geleistet werden müsse, weil man sich das auch wünsche. Eine solche Aufgabe könne man nicht einfach streichen.

Sie finde es begrüßenswert, dass die Fortführung von Sprach-Kitas und Kitahelfer*innen im Haushalt 2024 vorgesehen sei und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt werde. Natürlich gebe es da Verbesserungsbedarf. Da gebe es auch die KiBiz-Novellierung, an der die Landesregierung intensiv arbeite.

Charlotte Quik (CDU) geht davon aus, dass die Auswertung der Anträge bereits stattgefunden habe und heute eine abschließende Beratung und Abstimmung auf der Agenda stehe. Da sich die regierungstragenden Fraktionen lieber darum kümmern wollten, die definitiv existierende Problemlage zu beheben, sei aus Sicht ihrer Fraktion die Diskussion für heute beendet. Die CDU würde gerne zur Abstimmung schreiten und die Anträge auch ablehnen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erwidert, in der Regel sei eine Diskussion dann beendet, wenn keiner mehr etwas sage. Er werde sich an der Stelle mit Sicherheit nicht den Mund verbieten lassen und wolle gerne auf die Argumente der regierungstragenden Fraktionen eingehen. Bei der CDU falle ihm das schwer, weil Frau Quik gerade gesagt habe, sie sei nicht bereit, über die wirklichen Fragen, zumindest mit der Opposition, zu diskutieren. Mit wem man dann diskutiere, erschließe sich seiner Kenntnis nicht. Irgendwann werde es vielleicht deutlich. Er denke aber, in Wirklichkeit diskutierten die Koalitionsfraktionen mit niemandem über wirkliche Lösungen.

Wenn Frau Woestmann sage, Standardabsenkung sei keine Lösung, dann finde er das bemerkenswert. Er wisse nicht, ob Frau Quik die Anträge gelesen habe. Zumindest der Antrag der FDP befasse sich nicht mit dem Thema „Standardabsenkung“, sondern er befasse sich damit, wie man es auf Strecke hinbekomme, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen. Wer sich mit Standardabsenkungen befasse, sei die Landesregierung. Das Sofortprogramm beinhalte ganz klar, dass weniger qualifizierte Kräfte jetzt auf Fachkraftstunden eingesetzt werden sollten. Als Frau Ministerin das vorgestellt habe, habe seine Fraktion das nicht kritisiert, sondern gesagt, das sei möglicherweise die Brücke, die man jetzt brauche. Da müsse man gleichzeitig alles dafür tun, damit man aus diesem Fachkräftemangel herauskomme, damit das nicht die Zukunft

der frühkindlichen Bildung sei. Offensichtlich habe die grüne Fraktion da ganz andere Wahrnehmungen, als seine Fraktion und die Öffentlichkeit sie hätten, wenn man sich über die Fragestandards so äußere.

Frau Woestmann habe gesagt, es sei nicht so einfach, da jetzt Lösungen zu finden. Marcel Hafke habe klargemacht, was es für Lösungswege gebe. Entweder ziehe man die Dynamisierung nach vorne, dann müsse man relativ schnell an das KiBiz ran, dann wäre man auch gemeinsam bereit, das zu machen, oder es müsse ein Rettungspaket mit einer einzelnen Summe folgen. Beides werde offensichtlich der Freien Wohlfahrt und den Kitaträgern in diesem Land nicht angeboten. Es gebe keine Antwort auf die Problemlagen, die da seien. Man habe jetzt 6-8 Wochen Schweigen im Walde erlebt. Das erfülle ihn mit Sorge. Anscheinend wisse niemand, ob die Landesregierung irgendetwas im Köcher habe. Vielleicht wolle sich die Landesregierung noch äußern. Er sehe im Moment null Komma nichts an Handeln.

Marcel Hafke (FDP) findet es schade, dass sich die CDU der Debatte verweigere, auch wenn man in jeder Sitzungswoche, in jedem Ausschuss darüber diskutiere. Das sollte man auch im demokratischen Umfeld tun. Das sei mit Sicherheit das, was gerade die Kitalandschaft, die Tagespflege am meisten bewege. Dann sollte sich auch der Kinder- und Jugendausschuss damit intensiv beschäftigen. Alle Seiten könnten ja nur klüger werden aus Debatten. Von daher sollte man keine Debatten beenden.

Zum Thema „Quereinstieg“, was Frau Woestmann gestreift habe, was sie kritisiert habe. Ihn wundere, warum es in der Kitalandschaft immer Teufelszeug sei, darüber zu sprechen. Klar sei, dass man mit dem normalen Ausbildungsprogramm PiA und dem schulische Weg den Personalmangel nicht beheben werde. Da müsse man ehrlich sein. In Schulen hole man seit vielen Jahren Quereinsteiger hinzu, die im pädagogischen Teil, im inhaltlichen Teil über einen gewissen Zeitraum aufsattelten. Das funktioniere dort. Jetzt müsse ihm einmal jemand erklären, warum es in der Kita nicht funktionieren solle, wenn jemand ohne eine pädagogische Vorbildung hineinkomme, das im Betrieb aufzusatteln. Keiner habe gesagt, dass in einer Gruppe dann nur noch Menschen beschäftigt seien, die keine pädagogische Ausbildung hätten. Dahinter stehe eine Quote, ein Anteil. Es sei ein ganz normaler Weg.

Jemand, der eine PiA-Ausbildung mache, sei auch ohne pädagogische Grundausbildung schon in der Kita aktiv. Das werde auch akzeptiert. Er frage, warum das bei einer 35-jährigen, die da reinkomme, nicht auch möglich sein solle, warum das nur dort gehe, wo man eine PiA-Ausbildung einschlage. Das verstehe er intellektuell nicht. Ihn interessiere, warum das nicht möglich sein solle. Es würde sicherlich nicht alle Probleme lösen, aber es könne ein Weg sein, zusätzliches Personal reinzuholen und motivierte Menschen für die Kitas zu gewinnen.

Dieser Debatte wolle er sich ungerne verweigern. Das habe nichts mit Standardabsenkungen zu tun, ganz im Gegenteil. So könne man motiviertes Personal finden, das dann aufsatteln müsse, um die vollen Qualifikationen zu erfüllen. Das mache man bei der Tagespflege ähnlich. Das funktioniere auch. Es gebe also mehrere Wege, die nach Rom führten.

Er wolle das noch einmal präzisieren und bitte die Ministerin, dazu auszuführen. Zwei Stränge würden diskutiert. Das eine sei der Fachkräftemangel. Das sei sicherlich nicht direkt alles behebbar. Da sei man sich einig. Es müssten aber gewisse Weichen gestellt werden. Manches könne man jetzt sehr schnell machen. Er hätte gerne eine Aussage, wie die Landesregierung, die regierungstragenden Fraktionen zum Thema Verwaltungsfachkräfte stünden. Das habe nämlich nichts mit dem pädagogischem Personal zu tun. Da brauche man auch keine KiBiz Reform bis 2026 abzuwarten. Das könne man jetzt tun. Das einzige, was wir jetzt nicht tun sollte, sei zu sagen, die Träger könnten das aus den bisherigen Mitteln finanzieren. Das wäre sehr eng genäht. Er hätte gerne eine Aussage dazu. Jeder sage, dass das zu einer Entlastung beitragen würde.

Der zweite Punkt sei die Finanzierungsfrage grundsätzlich. Das könne die Ministerin auch gerne im Rahmen der Haushaltsdebatte beantworten. Die Frage komme immer stärker auf, wie man die Träger finanziell entlaste. Das könne man über die zwei Wege machen, Dynamisierung vorziehen oder ein Rettungspaket auf den Weg bringen – irgendwann müsse sich die Ministerin entscheiden –, oder den dritten Weg zu gehen, nämlich gar nichts zu tun. Das wäre sicherlich das Schlechteste, weil die Hütte brenne. Das wisse die Ministerin genauso gut wie alle anderen. Da müsse sie jetzt handeln. Zum politischen Diskurs gehöre, dass man da eine Ansage mache. Das habe die Ministerin ein Jahr lang nicht getan. Man werde das im Rahmen der Haushaltsdebatten öffentlich diskutieren müssen. Das helfe alles den Betroffenen vor Ort nicht. Er bitte, zu diesen zwei Punkten eine klare Aussage zu machen, weil man die ziemlich schnell machen könne, wenn man das wolle.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) legt dar, der Fachkräftemangel sei in der Gesellschaft das zentrale und das größte Problem. Das sei spürbar und am relevantesten im Bereich der sozialen und der Erziehungsberufe. Es sei im Handwerk so, das sei in allen Bereichen der Wirtschaft so, auch im Bereich der Gesundheitsberufe. Das heiße, das sei die große Herausforderung, vor der man stehe. Niemand habe den einen Schlüssel dazu. Man brauche ein Maßnahmenbündel.

Aus ihrer Sicht gehöre dazu auch das Anwerben ausländischer Fachkräfte, die Unterstützung einer schnelleren Anerkennung. Wer ausländische Fachkräfte getroffen habe, die in Kitas arbeiteten, der sehe, dass das ganz motivierte Kräfte seien, die einen wichtigen Beitrag für die Kinder leisteten, die einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung und Entlastung des Systems leisteten. Das sei ein wichtiger Baustein, der an vielen Stellen auch schon funktioniere. Es sei richtigerweise gesagt worden, man habe zu viele Hemmnisse, die in zu langsamer Anerkennung bestünden. Aus mangelnder Qualifikation oder Sprachkompetenz bestünden diese Hemmnisse sicher nicht bei denen, die man im System habe, die sehr motiviert seien.

Man brauche auch weitere Maßnahmen, um der Situation tatsächlich begegnen zu können. Es sei nicht so, dass die Landesregierung im letzten Jahr nichts getan hätte. Es gebe weitere 900 Plätze in der PiAK-Ausbildung, die auch vom Land gefördert würden. Damit habe man insgesamt 1.400 Plätze in der PiAK, die auch einen Beitrag dazu leisteten, dass man die Ausbildungsplatzzahlen steigern könne.

Die gute Nachricht sei, das System wachse insgesamt, was mit großen Herausforderungen einhergehe. Noch nie habe es so viele Fachkräfte im System gegeben. Es sei eine gute Nachricht, dass die Zahl der Fachkräfte immer noch ansteige. Selbstverständlich müsse man darauf schauen, dass man diese Fachkräfte auch im System behalten wolle. Man müsse nicht nur über die Gewinnung neuer Fachkräfte sprechen, sondern man müsse auch darüber sprechen, wie man diejenigen im System halte, die man schon im System habe.

Sie sei der Meinung – daran werde gearbeitet –, dass man sich auch die Frage des Quereinstiegs anschauen müsse. Es sei herauszuarbeiten, was im Bereich der frühkindlichen Bildung ein qualifizierter Quereinstieg sei und wie die Fortbildungsmaßnahmen aussehen müssten. Da gebe es unterschiedliche Modelle, die in anderen Ländern schon ausprobiert würden. Nun werde oft gesagt, dann müsste man nur mal eben so ... Der Kitabereich sei auch von einer hohen Pluralität geprägt, was ihn ausmache und stark mache. Aber das führe dazu, dass nicht alle gleichzeitig und einhellig einer Meinung seien. Deswegen habe man gemeinsame Arbeitszusammenhänge mit Praktikern, mit Trägern, mit Kommunen geschaffen, um die unterschiedlichen Ideen, die auf den Tisch lägen, miteinander zu diskutieren und zu prüfen, was davon umsetzbar sei, was man weiterentwickeln müsse.

Das, was die Landesregierung über das Sofortprogramm, dessen Kernstück die Personalverordnung gewesen sei, auf den Tisch gelegt habe, könne nur ein allererster Schritt sein. Die Personalverordnung ermögliche eine höhere Flexibilisierung des Personaleinsatzes. Das sei das, was man als Brücke bauen müsse, indem man mehr Möglichkeiten eröffne, dass auch Ergänzungskräfte auf Fachkraftstunden eingesetzt würden, dass man auch andere pädagogische Qualifikationen in die Kita hole. Das sei ein erster Schritt. Über weitere werde diskutiert.

Da sei der Quereinstieg ein Thema, da sei die Frage, wie sinnvoll eine multiprofessionelle Aufstellung in Kitas aussehen könne, um pädagogisches Personal gezielt zu entlasten und zu unterstützen. Diese Dinge würden gemeinsam mit den Trägern, mit Praktikern, mit Kommunen erarbeitet, weil aus unterschiedlichen Richtungen nicht nur Anforderungen kämen, sondern auch konkrete Ideen, was man tun könne. Das werde man gemeinsam weiter kleinarbeiten.

Nun stellten die Mehrkosten aufgrund unterschiedlicher Hintergründe – Tarifsteigerung, Inflation, Energiekosten – eine große Herausforderung dar. Deswegen habe die Landesregierung 60 Millionen Euro zumindest als einen ersten Schritt zur Abfederung der Energiekosten aus dem Sondervermögen zur Verfügung gestellt. Die Landesregierung sei sich sehr bewusst, dass die darüber hinausgehenden finanziellen Mehrbelastungen eine große Herausforderung für die Kitalandschaft darstellten. Deshalb sei man im Gespräch, deshalb bleibe man im Gespräch. Die Lösungsfindung sei keine einfache. Die Landesregierung werde den Weg weitergehen, die Kitalandschaft bestmöglich zu unterstützen. Man werde auch weiter den Weg gehen, die Möglichkeiten auszuloten, wie man da unterstützen und weitergehen könne.

Ein Beitrag in der Unterstützung sei, dass es weiterhin die Kitahelfer*innen geben werde, dass die Sprach-Kitas abgesichert worden seien. Diese Dinge habe die Landesregierung alle auf den Weg gebracht, die im Übrigen auch Geld kosteten, was auch dazu

geführt habe, dass die Landesregierung gemeinsam die Kraft habe aufbringen müssen, trotz schlechter Haushaltszahlen zu sagen, Kinder, Jugendliche und Familien seien sehr wichtig, dementsprechend bringe man zusätzliche Mittel auf. Das seien alles Bausteine. Niemand sage, dass es die **eine** Lösung gebe, die man morgen aus der Tasche ziehen könne. Unterschiedliche Schritte mit unterschiedlichen Bausteinen seien gegangen worden. Die Landesregierung sei im Gespräch über weitere Bausteine, weil man natürlich nicht stehen bleiben könne. Das wäre auch nicht sachgerecht. Manche Dinge klängen vielleicht ein bisschen einfacher, als sie es in der Umsetzung seien.

Die Herausforderungen, die richtig adressiert worden seien, die in der Landschaft bestünden, seien der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen bewusst. Deswegen werde die Landesregierung auch weiter an Lösungen arbeiten.

Marcel Hafke (FDP) findet es gut, dass die Ministerin an Lösungen arbeite. Das zeige, dass es keine Arbeitsverweigerung gebe, sondern den Wunsch, weiter voranzukommen. Die Ministerin sei ein Jahr im Amt. Die Personalverordnung zu verändern, habe ein Jahr gebraucht. 60 Millionen Euro seien zur Verfügung gestellt worden, das sei ein Tropfen auf dem heißen Stein. Er habe ansonsten nicht viel erkennen können außer Gesprächen: Wir loten aus, wir prüfen, wir schauen, wir sind im Gespräch. Dass das alles nicht einfach sei, wisse er auch. Das wisse man auch, wenn man ein solches Ministeramt übernehme.

Es gebe aber Punkte, die man einfach umsetzen könne, weil es dazu unter den Trägern keinen Dissens gebe, im politischen Raum auch nicht. Er habe eben danach gefragt, da sei die Ministerin ausgewichen, Verwaltungskräfte in die Kitas zu holen. Alle Träger würden sagen, das bräuchten sie, müsse man machen. Im politischen Raum sage auch jeder, das müsse man machen. Klar, das koste Geld. Dann müsse man fragen, wo die Prioritäten seien, die man in einem Haushalt setzen müsse. Diese Frage müssten die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen beantworten. Offensichtlich sei es keine Priorität dieser Landesregierung, die Kitas entsprechend zu unterstützen. Das müsse man zur Kenntnis nehmen. Das habe auch nichts mit Ausloten, Hinterfragen, Prüfen und Gespräche führen zu tun. Das könne die Ministerin machen.

Ein weiterer Punkt, bei dem es keinen Dissens gebe, sei: Man könne den Trägern doch Geld geben. Damit habe niemand ein Problem – im Gegenteil. Jeder würde sich freuen. Das müsse die Ministerin mit dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten klären. Offensichtlich scheine die politische Schlagkraft von der Ministerin nicht auszureichen, um das auszuhandeln. Er frage, warum es nicht möglich sei, einen höheren dreistelligen Millionenbetrag, 300, 400, 500 Millionen Euro auszuhandeln. Das sei der Job der Ministerin an der Stelle. Mit Gesprächen helfe sie keinem Träger, keiner Einrichtung. Damit komme auch kein zusätzliches Personal rein. Nach einem Jahr Gespräche müsse es schon Ergebnisse geben. Er wolle das in dieser Schärfe einmal deutlich formulieren. Er habe gesagt, das werde man jedes Plenum, in jedem Ausschuss diskutieren, weil es notwendig sei. Die Hütte brenne. Das Ausloten reiche nicht. Jetzt sei der Zeitraum für Entscheidungen gekommen.

Jetzt begännen die Haushaltsberatungen. Es sei der Job der Ministerin, sich gegen andere Ressorts, gegen andere Ministerkollegen in der Koalition durchzusetzen. Das

reiche offenbar nicht. Er stelle fest, es passiere nichts. Er gebe den Hinweis, was man tun könne. Er sei gerne bereit mitzugehen, weil es notwendig sei. Er finde es sehr schade, dass sich eine Fraktion der Debatte komplett entziehe. Die Ministerin weiche den Fragen aus. Das sei der Sache nicht angemessen. Das werde man an anderer Stelle wieder aufrufen müssen.

Die Problemlage sei damit nicht gelöst. Niemand habe gesagt, dass sich ein Personalmangel morgen oder übermorgen lösen lasse. Da sei man sich einig. Manche Sachen könne man jetzt tun, weil sie einen kleinen Beitrag leisten würden.

Natürlich seien die anderen Fragen komplizierter und umfangreicher. Niemand habe gesagt, dass die Lösungen nach einem Jahr vorliegen müssten. Manche Sachen müssten jetzt gemacht werden. Die habe er skizziert. Er bitte darum, das zu tun. Sonst werde es schwierig. Irgendwann sei die Zeit des Diskurses auch vorbei, weil die Lage zu schwierig werde. Die Schonfrist sei an dieser Stelle abgelaufen.

Die Ministerin habe die Unterstützung seiner Fraktion, wenn es darum gehe, Gelder und Ressourcen einzuwerben. Da müsse sie aber vorangehen und den Ausschuss mit auf die Reise nehmen. Ansonsten müsse man es hier jedes Mal diskutieren.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) legt dar, in der Schärfe von Marcel Hafke bekomme er es nicht hin. Recht habe er trotzdem. Er glaube, dass hier am Thema vorbei argumentiert werde. Man spreche einmal über die Finanzierungsprobleme und über Fachkräftesicherung. Dann wolle er doch einmal aufmetern. Die Ministerin sage, die Probleme, Geld zu beschaffen, seien sehr groß, sie hätte schon was getan. Kitahelfer habe die Ministerin angepackt. Alle seien sich einig gewesen, dass das weitergehen sollte. Das sei keine große Überraschung gewesen. Mit dem neuen Förderprogramm spare die Ministerin auf einmal 10 %. Sie spare vielleicht sogar noch mehr als 10 %, weil es Meldungen der Träger gebe, dass sie unter den Bedingungen das Kita-Helferprogramm nicht fortsetzen könnten. An der Stelle werde also gespart.

Sprach-Kitas seien eine große Herausforderung. Aus dem Gute-KiTa-Gesetz gebe es über 60 Millionen Euro Restmittel. Damit könne man Sprach-Kitas locker anderthalb Jahre finanzieren, ohne dass damit eigenes Geld aus dem Haushalt mobilisiert werden müsse. So groß sei das, was die Ministerin an der Stelle erreicht habe, nun wirklich nicht.

Dann gebe es 60 Millionen Euro zur Abfederung der Energiekostensteigerung. Damals hätten schon die Träger gesagt, sie bräuchten mindestens 120 Millionen Euro. Schon bei den kleinen Bausteinen sei man weit davon entfernt, dass die Landschaft damit irgendwie zufrieden sein könnte. Die entscheidende Frage im Moment sei, ob die Ministerin dieses Jahr noch ein Programm auflege, das verhindere, dass Träger in Insolvenz gehen müssten, weil sie die Tarifkostensteigerungen nicht abbilden könnten. Ihn interessiere, ob die Ministerin dieses Jahr da noch etwas mache oder nicht.

Zumindest die Aussage, dass man, in welcher Form auch immer, eine dreistellige Millionensumme mobilisiere – der Weg, wie man es genau mache, sei vielleicht nicht das Entscheidende –, würde weiterhelfen. Bekannt sei, dass die Tarifkostensteigerungen für die Träger jetzt schon ein Delta von weit über 500 Millionen Euro bedeuteten. Er frage, ob die Ministerin die damit allein lasse oder ob noch etwas komme.

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) findet es bemerkenswert, dass man es geschafft habe, in der letzten Legislaturperiode sehr viel Geld in die Hand zu nehmen. Das sei ja gut, aber es sei keine Reform dabei rumgekommen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Der Trick ist jetzt, da kein Geld auszugeben?)

Viele der Dinge, die jetzt schwierig seien, seien auch eine Folge davon, dass man viel Geld in die Hand genommen habe, aber leider nicht die Kraft aufgebracht habe, eine Reform hinzukriegen.

Die Herausforderung jetzt sei, dass man vor sehr viel schwierigeren finanziellen Situationen stehe, man aber trotzdem große Reformnotwendigkeiten habe. Deswegen sei die Landesregierung weiter im Gespräch darüber, wie man das unterstützen könne, weil es Kinder und Familien seien, die für die Landesregierung im Zentrum der Politik stünden. Darum werde man sich weiter bemühen. An der Stelle helfe es nicht, wenn man sich an der Stelle gegenseitig mit markigen Worten überbiete. Es sei wichtig, dass man die Dinge weiter miteinander ausdiskutiere. Da habe sie auch keine Bedenken. Ihrer Erfahrung nach würden die Dinge richtigerweise im Ausschuss weiter diskutiert. Die Landesregierung habe einige Punkte voranbringen können. Weitere Schritte würden folgen müssen. An diesen Schritten arbeite die Landesregierung. Dass diese Schrittmäßigkeit viele nicht zufriedenstelle, dass das in der Landschaft sehr genau wahrgenommen werde und dass man mit der Landschaft weitere Schritte gehen müsse, das sei der Landesregierung sehr bewusst. Sie werde weiter an Lösungen arbeiten.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erinnert daran, dass er an der Reformpolitik der Vorgängerregierung großen Zweifel gehabt habe. Zu sagen, dass es jetzt daran liege, dass man heute die Probleme habe, sei Quatsch. Die Situation sei so, dass man jetzt wegen des Ukraine-Krieges und den Kostensteigerungen, die man ihm Energiekostenbereich habe, vor deutlich größeren Herausforderungen stehe. Dass die Tarifsteigerungen in dieser Größenordnung ausfielen, hänge natürlich mit der Inflationkostenkrise zusammen. Die hätte das Land aber auch bei einer deutlich besseren Reform ereilt. Man sollte jetzt nicht darüber hinwegreden, was die heutigen Herausforderungen seien, und das einer Vorgängerregierung zuschieben. Die jetzige Krise habe eine Größenordnung von weit über 50 Millionen Euro. Es sei Aufgabe der Landesregierung, diese Krise zu bewältigen. Bislang habe er auch in dieser Sitzung keine einzige Formulierung dazu gehört, dass da etwas passiere.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/3305 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3655 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

7 Chancengleichheit jetzt! Das Erfolgsmodell der Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend in NRW etablieren!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3306

Ausschussprotokoll 18/228 (Anhörung am 26.04.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend – sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 08.03.2023)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) legt dar, das Schöne sei, dass beim Thema „Familienzentren“ eine große Einigkeit in diesem Ausschuss bestehe, dass das eine gute Sache sei, dass es wichtig sei, dass das an Grundschulen auch ausgebaut werde. Es sei aber eine Frage des Ehrgeizes, wie weit man damit gehen wolle, ob das Orchideen an einigen wenigen Standorten seien, die sich sukzessive vermehren würden, oder ob es wirklich der Anspruch sei, alle Grundschulen zu Familienzentren zu machen, um damit auch noch weitergehende Möglichkeiten, eine stärkere Brücke zwischen Jugendhilfe und Schule zu schaffen, vielleicht über diesen Weg auch eine stärkere Brücke in den frühkindlichen Bereich zu schlagen und damit Familien und Kinder stärker zu unterstützen.

Die SPD wolle diesen ehrgeizigen Weg gehen. Er glaube, dass auch über das bestehende Konzept Familienzentren noch deutlich mehr möglich sei. Dazu müsse man aber die Bereitschaft entwickeln, diesen ehrgeizigen Pfad einzuschlagen. Genau darum gehe es in dem Antrag.

Jens Kamieth (CDU) freut sich darüber, dass die SPD anerkenne, dass die Familienzentren etwas ganz Tolles seien, wirkten sie doch in ganz besonderem Maße in den Sozialraum rein und böten gute Angebote für Familien, die bisher überwiegend in den Kitas angeboten worden seien. Das werde jetzt auf die Grundschulen ausgeweitet. Das sei konsequent, das sei richtig, weil ja auch Viertklässler ungern nochmal in die Kita gingen und die Eltern da auch weniger den Zugang hätten. Deswegen sei es richtig, das jetzt an Grundschulen fortzusetzen.

Jetzt habe man sich auf den Weg gemacht. Es gebe die ersten. Es werde weiter ausgebaut, weil dort spezielle Angebote für den Sozialraum vorgehalten würden. Es sei auch in den Koalitionsvertrag reingeschrieben worden, dass die Verteilung nach Sozialindizes vorgenommen werde, dass die Familienzentren an Grundschulen insbesondere da zunächst entstünden, wo der Bedarf am größten sei. Das gehe nicht alles auf einmal. Das treffe auch auf die Familienzentren an den Kitas zu. Wichtig sei, dass man sich auf den Weg mache. Wichtig sei, dass man mehr Familienzentren bekomme.

Da sei man auf einem guten Weg. Der Antrag der SPD gehe vor diesem Hintergrund ins Leere, sodass seine Fraktion ihn ablehnen werde.

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE) betont, es sei richtig und wichtig, dass alle gemeinsam Familiengrundschulzentren als das identifiziert hätten, was Chancengleichheit an Grundschulen auch herstellen könne. Sie würde dafür plädieren, zum jetzigen Zeitpunkt erst einmal abzuwarten, wie die Evaluation des schulscharfen Sozialindex aussehen werde. Die stehe am kommenden Mittwoch im Schulausschuss auch auf der Tagesordnung.

Sie gehe nicht davon aus, dass die Familiengrundschulzentren schnell und flächendeckend überall aufgebaut würden, sondern es werde nach dem Motto gehen, Ungleiches ungleich behandeln, erst mal zu schauen, was man für Rückschlüsse aus der Evaluation ziehen sollte. Dann könne man darüber abstimmen, wo Familiengrundschulzentren tatsächlich am dringendsten benötigt würden, um dann sukzessive vorzugehen. Ihre Fraktion werde diesen Antrag ablehnen.

Frank Müller (SPD) hält es für fair, sich bei der Wübben Stiftung zu bedanken, die dankenswerterweise die Initiative in Nordrhein-Westfalen ergriffen habe. Ohne die Wübben Stiftung gäbe es wahrscheinlich kein einziges Familiengrundschulzentrum. Das müsse man der Fairness und der Vollständigkeit halber erwähnen. Es sei nicht angemessen, wenn sich der politische Raum auf die Schultern klopfte für Dinge, die ein anderer auf den Weg gebracht habe. Das heiße nicht, dass es nicht klug sei, jetzt diese Konzepte weiterzuentwickeln. Er wolle jetzt die Diskussion zum Sozialindex nicht aufmachen, die der Schulausschuss nächste Woche führe. Er ahne, dass es unterschiedliche Bewertungen geben werde über die Konstruktion, auch mit Blick auf die Frage, ob Schulen und der Sozialraum in den Blick genommen würden. Das sei nicht unbedingt das Gleiche in der Wirkung des Sozialindex. Er halte fest, dass die tatsächliche Zusammensetzung der Schule nicht in den Blick genommen werde.

Es könne ja sein, dass in einem gleichen Sozialraum eine katholische Grundschule und eine städtische Grundschule seien, die komplett eine andere Schüler*innenschaft hätten. Insofern sei das nicht trivial. Da müsse man mit den Konstrukteuren des Sozialindex und auch mit dem MSB über die Frage diskutieren, ob die Konstruktion richtig in die Praxis übersetzt worden sei oder auch nicht, und wie man damit umgehen müsse. Es gebe aber Instrumente – da würde er nicht unbedingt auf den Schulsozialindex setzen – der Kommunen vor Ort. Analog würden auch Familienzentrum an Kitas beantragt. Bezüglich der Frage, wie man bestimmte Bedarfe steuere, müssten die Kommunen relativ gut im Bild sein.

Er wolle die Frage aufgreifen – das sei in der Plenardebatte seiner Erinnerung nach kritisch betrachtet worden –, ob am Ende des Tages alle Grundschulen Familienzentrum sein müssten. Er sage für die SPD-Fraktion ja, natürlich nicht sofort, weil das nicht funktionieren werde. Das müsse man natürlich schrittig machen. Er habe zumindest in Erinnerung, dass das Ziel in der Plenardebatte von dem einen oder anderen der Redner*innen angezweifelt worden sei. Er glaube, dass am Ende jede Kita und jede

Grundschule Familienzentrum sein müsse. Ob die Frage der Ressourcenausstattung überall die Gleiche sei, das sei eine andere Frage.

Bevor sich alle gegenseitig lobten – alles sei wunderbar, man gucke erst mal, wie die Evaluation laufe –: Der Stellenansatz sei schon relativ dürftig in Anbetracht dessen, was man alles in Familiengrundschulzentren hineinprojiziere. Mit 0,5 Stellen für Koordination auf kommunaler Ebene und 0,5 Leitungsstellen, die der Landesbeitrag seien, gehe es um eine maximale Förderung von 8.000 € jährlich. Er sage es deutlich: Da sei noch viel Luft nach oben, das Konzept dann auch in die Fläche zu bringen. Das heiÙe, man dürfe nicht nur darüber reden, wie man ein Familiengrundschulzentrum nach dem anderen an den Start bekommen, sondern darüber, wie man die Finanzierung verbessern könne. Das wäre eine Aufgabenstellung, die sich nicht nur in diesem Haushalt, sondern auch in den nächsten Haushaltsberatungen stelle.

Viele hätten heute Anträge für den Herbst angekündigt. Auch das werde sicherlich eine Debatte sein, die diesen Ausschuss, aber auch den Schulausschuss und das Plenum insgesamt begleiten werde.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/3306 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

8 Einsamkeit in NRW: Warum jetzt gehandelt werden muss!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4852

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – und an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 15.06.2023)

Der Ausschuss beschließt, sich an einer eventuellen Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen.

9 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowieso ein echtes Solidarticket

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584

(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales und an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 15.06.2023)

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an einer eventuellen Anhörung des Verkehrsausschusses zu beteiligen.

10 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

(Überweisung des Antrag an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 14.06.2023)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) beantragt eine Anhörung.

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung durchzuführen.

11 Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in NRW – Entwicklung der letzten Jahre *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1415

Nina Andrieshen (SPD) erläutert, warum ihre Fraktion diese Berichts-anfrage gestellt habe. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Jugendämtern hätten sich gemeldet und berichtet, dass sie massive Probleme hätten, Inobhutnahmestellen, Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder zu finden. Es gestaltet sich so, dass, wenn ein Kind in Obhut genommen werden solle, erst mal Anrufe getätigt werden müssten. Es seien nicht 5 oder 10, das seien 60, 80 oder weit über 100. Es sei geschildert worden, dass es vorkomme, dass eine Matratze im Büro liege. Das heiÙe, das Kind habe auf jeden Fall in Obhut genommen werden müssen, sofort. Man habe nichts gefunden, aber das Kind könne wenigstens im Büro schlafen, während weiter versucht werde, eine Stelle für das Kind zu finden.

Hotelzimmer würden angemietet. Das seien Berichte, die sie sehr erschrocken hätten, sodass sie vom Ministerium wissen wolle, ob das bekannt sei, ob es die Meldungen ans Ministerium gebe. Sie frage, was das Ministerium zu tun gedenke, wenn dem so sein sollte. In dem Bericht Vorlage 18/1415 könne sie an vielen Stellen lesen, dass es dazu keine Datenlage gebe und dass das Ministerium davon ausgehe, dass es eigentlich gut laufe. Auf Seite 1 heiÙe es, es sei davon auszugehen, dass die Jugendämter diesen gesetzlichen Pflichtaufgaben nachkämen und diese rechtskonform ausübten.

Sie frage, ab wann das Ministerium Kenntnis bekomme, dass es nicht mehr rund laufe – das sei eine ganz wichtige Frage –, und ob diese Marker, die bei ihrer Fraktion ankämen, im Ministerium auch ankämen und was man mit den Informationen mache. Auch wüsste sie gerne, ob im Ministerium nach dieser Berichts-anfrage die Bereitschaft bestehe zu sagen, okay, man brauche mehr Fleisch an den Knochen, man müsse mehr nachhören und überlegen, welche Konsequenzen man aus dieser Situation ziehe.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) gibt an, über dieses Thema sei schon ansatzweise gesprochen worden. Erst einmal als Nachricht, was die statistische Entwicklung anbelange – er sei davon ausgegangen, dass es im Wesentlichen um diese Frage gehe –: Man sei, was die Zahlen der vorläufigen Obhutnahmen betreffe, auf dem Niveau von vor der Pandemie. Es gebe erhebliche Ausschläge. Während der Pandemie habe die gesamte Jugendhilfe immer wieder darauf hingewiesen, dass die Situation der Lock-downs dazu führen werde, dass es viele Kinderschutzfälle gibt, die durch das Raster fielen, weil die normalen Systeme, in denen sich die Kinder bewegten, nicht mehr im Blick seien. Insofern sei jeder Fall ein Fall zu viel.

Es sei gut, dass den Jugendämtern jetzt die Fälle wieder gemeldet würden und die Jugendämter auch handeln könnten. Dass die Jugendämter da wieder handlungsfähig seien, sei die gute Nachricht. Die zweite Nachricht sei – das sei eben schon angesprochen worden –, die Jugendämter wie auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege

hätten in diesem Feld natürlich ein erhebliches Problem, nämlich den Fachkräftemangel. Auch in den ASDen gebe es einen erheblichen Fachkräftemangel, mit dem die Jugendämter zu kämpfen hätten. Auch die freien Träger hätten einen ganz erheblichen Fachkräftemangel, der dazu führe, dass die Träger sich wesentlich auf normale Fälle konzentrierten und keine oder weniger Plätze für besonders schwierige Fälle anböten. Das sei eine Rückmeldung, die das Ministerium auch bekomme, die zum Beispiel die Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen besonders betreffe.

Insofern kenne er die Rückmeldung, dass es gerade bei der Unterbringung von besonders schwierigen Fällen – das betreffe das, was Frau Andrieshen gerade zitiert habe – nicht ausreiche, zehn oder 20 Anrufe zu machen, sondern 100 oder 150, weil es bundesweit diese Plätze nicht gebe. Die Landesregierung habe an einer Stelle sehr früh reagiert. Man habe sich nämlich, was die Fachkräfteoffensive anbelange, nicht nur auf den Bereich der frühkindlichen Bildung konzentriert, sondern ganz bewusst die sozialen und Erziehungsberufe zusammen genannt, weil der Bereich der Sozialpädagogik, der Sozialarbeit, auch was die Ausbildung anbelange, ein ganz anderer Weg sei, fast schon ein ganz anderes Thema. Aber das sei natürlich ein Teil des Problems, auch bei den Jugendämtern.

Dass die Kinder dann, so wie Frau Andrieshen gerade berichtet habe, in den Jugendämtern auf Matratzen schliefen, das sei ihm tatsächlich nicht bekannt. Auch die Abteilung habe keine entsprechenden Rückmeldungen. Allerdings sei man auch hier im Gespräch, im engen Kontakt mit den Jugendämtern, um gerade – das sei ganz zentral – den Bereich der ASDen an dieser Stelle zu stärken. So drastische Meldungen, wie Frau Andrieshen sie vorgetragen habe, um es zusammenzufassen, seien ihm nicht bekannt. Wenn einzelne Jugendämter diese Probleme hätten, dann sollten sie sich melden. Dann müsse man gucken, wie man damit umgehe. Aber, wie gesagt, Rückmeldungen in dieser Form lägen dem Ministerium nicht vor.

Norika Creuzmann (GRÜNE) möchte sich bei der SPD für diese Anfrage bedanken. Die Inobhutnahme von Kindern sei ein wichtiges Thema, gerade wenn man aus der Brille des Kinderschutzes schaue. Andere Einrichtungen würden wahrscheinlich Hurra schreien, wenn die Zahlen nach der Pandemie ungefähr auf dem gleichen Stand wie vor der Pandemie seien. Das sei hier natürlich tragischer. Sie spreche jetzt von positiven Zahlen für die Jugendverbände. Sie würden sich sicherlich freuen. Dass man die Zahlen von Inobhutnahmen von vor der Pandemie erreicht habe, finde sie erschreckend und dramatisch. Es sei aber auch klar. Sie sei sehr gespannt auf die Auswertung von 2023.

Sie sei auch in engen Kontakt mit den Jugendämtern. Schutzplätze für Kinder und Frauen zu finden, sei ein enormes Problem. Natürlich habe man Schutzplätze, aber nicht unbedingt an dem Ort, wo man sie vielleicht gerade brauche. Von daher erkläre sich ja auch diese lange Telefoniererei.

Nun würden die Plätze der Bereitschaftspflegefamilien statistisch nicht erfasst. Sie frage, ob das geändert werden solle. Es sei ja auch ein wichtiger Marker, wie viel Bereitschaftspflegefamilien man habe. Es gebe ja viele, die Kinder in Obhut nähmen. Man müsse natürlich gucken, welche Fälle man in Bereitschaftspflegefamilien unterbringen könne. Sie würde interessieren, ob das in Zukunft mit aufgenommen werden könnte.

Nina Andrieshen (SPD) kommt darauf zurück, dass Herr Bahr gesagt habe, dass man den ASD weiter stärken wolle. Da wäre eine konkrete Nachfrage, welche Möglichkeiten Herr Bahr sehe, den ASD weiter zu stärken. Man sei sich einig: Man wolle die fallführenden Fachkräfte gerne am Fall sehen und nicht am Telefon. Sie frage, wie das gelingen könne.

StS Lorenz Bahr (MKJFGFI) verweist auf hervorragende Beispiele, die bisher noch nicht Schule gemacht hätten, unter anderem aus Mönchengladbach in der Kooperation mit der Hochschule Niederrhein, wo die angehenden Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen studienbegleitend für den Dienst im ASD ausgebildet und vorbereitet würden. Denn es sei immer das Thema, dass die jungen Kräfte in den ASD kämen und in diesem Feld überfordert seien. Das sei im Grunde das Kernstück des Kinderschutzes. Sie würden genau darauf vorbereitet, auch verpflichtet und von Fachkräften begleitet, die schon länger dort tätig seien.

Auf dem Fachkräftetag sei dieses Konzept unter anderem vorgestellt worden. Das seien Best-Practice-Beispiele. Es werde darum geworben. Es stehe im Übrigen auch in dem Sofortprogramm für den Bereich Kita, dass es einen systematischen Kontakt vor Ort von den Trägern und Einrichtungen, den Jugendämtern zu den Hochschulen gebe.

Von den Ingenieurstudiengängen sei bekannt, dass sich die Studierenden vor Anfragen schon während des Studiums nicht retten könnten und verpflichtet würden. Das gebe es systematisch in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik nicht, also eine viel engere Anbindung, quasi eine Dualität schon während der Ausbildung herzustellen. Das seien einzelne Beispiele, wobei man versuche, die entsprechend in die Fläche zu bringen. Das betreffe die konkrete Zusammenarbeit, die vor Ort stattfinden müsse. Das könne die Landesregierung nur unterstützen, könne das aber nicht selber machen.

Was die Frage der Bereitschaftspflegestellen anbelange, das könne man gerne mitnehmen. Man müsse bei der TU Dortmund, der AKJ^{Stat} (Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik) nachfragen, ob es die Möglichkeit gebe, die entsprechenden Daten zu erheben. Das müsste dann mit den kommunalen Spitzenverbänden beziehungsweise mit den Jugendämtern geklärt werden. Sie müssten die entsprechenden Daten liefern. Aber das nehme er gerne mit. Es werde bisher nicht erfasst.

12 Familienfest.NRW (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

(Zunächst wird ein kurzer Film gezeigt.)

Ministerin Josefine Paul (MKJFGFI) legt dar:

Ich glaube, der Film hat einen kleinen Eindruck davon vermitteln können, dass dieses erste Familienfest der Landesregierung ein wirklich großer Erfolg gewesen ist. Insgesamt haben gut 30.000 Personen das Familienfest zwischen 10:00 Uhr und 18:00 Uhr besucht. Man konnte sehen, dass die kleinen und großen Besucher*innen viel Spaß hatten, dass wir auch allerlei prominente Besucherinnen und Besucher hatten, also nicht nur den Ministerpräsidenten, sondern auch den kleinen blauen Elefanten und allerlei andere, bis hin zu Bobbi Bolzer, dem Maskottchen vom VfL Bochum.

Für die Unterstützung seitens des Oberbürgermeisters Thomas Eiskirch und der Stadt Bochum möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich Danke sagen. Denn das in der relativ kurzen Zeit so auf die Beine zu stellen und auch zu vermitteln, wir haben da Lust drauf, das war schon was Besonderes.

Auch das Areal war sicherlich etwas Besonderes, deswegen auch dafür ganz herzlichen Dank. 36.000 m² standen zur Verfügung, um ein buntes Angebot zu machen. Und dieses bunte Angebot, man hat es gesehen, bestand aus unterschiedlichen Hüpfburgen und anderen Dingen. Aber vor allem bestand es daraus, dass sich 70 Vereine, Verbände und Institutionen beteiligt haben – und das nicht nur mit Informationsständen. Wir hatten alle gebeten, an ihren jeweiligen Ständen auch Mitmachaktionen zu machen. Und dabei sind wirklich tolle Aktionen entstanden, ob man nun irgendwelche Taschen bedruckt oder angemalt hat, ob man irgendwas gebastelt hat oder irgendwelche anderen Aktionen, die gemacht wurden.

Die Kinder, die Familien konnten da viel erleben. Das Angebot war auch kostenfrei für die Familien. Wir haben dafür Sorge getragen, dass es überall Wasser kostenfrei gab und auch Wasserflaschen, damit die Kinder und Familien dann den ganzen Tag genug zu trinken hatten. Vielleicht erinnert sich der eine oder die andere noch: Es war kein kühler Tag. Der Wassernebel, den wir auch aufgebaut hatten, hat sich großer Beliebtheit erfreut. Insgesamt war das wirklich ein tolles Fest, ein toller Tag. Es war schön, dass der Ministerpräsident auch dabei gewesen. Ich habe mich sehr gefreut, dass auch der Justizminister und das Justizministerium mit einem großen Stand vertreten waren.

Highlight, da kann man nichts machen: Wenn ein Blaulichtmeile irgendwo aufgebaut wird, dann sind die Kinder hin und weg davon. Das war auch ein großer Erfolg. Dementsprechend auch da ein herzlicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Innenministeriums für die Unterstützung. Insgesamt war es ein großer Erfolg. Vielen Dank an alle, die daran mitgewirkt haben.

Ich darf auch noch mal sagen: Vielen Dank auch an diejenigen, die das federführend im Haus organisiert haben. Das war ja keine ganz einfache Geschichte. Dementsprechend vielen Dank, dass Sie sich da so intensiv auch darum bemüht haben, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen, Frau Friedrich als Abteilungsleiterin, aber

Dank auch an die vielen anderen Kolleginnen und Kollegen, auch diejenigen, die an diesem Tag mitgeholfen haben und dabei waren, aber vor allem auch an die Familien, die das Familienfest besucht haben und es zu diesem bunten und schönen Tag gemacht haben. Auch ein großer Dank an die Vereine, Initiativen und Verbände, die ihre Angebote gemacht haben, zu Gesprächen zur Verfügung standen und insgesamt dazu beigetragen haben, dass es ein sehr schöner Auftakt gewesen ist für das Familienfest. Eine Fortsetzung wird es in zwei Jahren geben, dann hoffentlich auch mit großer und reger Teilnahme aus diesem Kreis.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) gibt an, nachdem sich der Ausschuss zwei Stunden darüber angeregt ausgetauscht habe, was im Bereich der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen nicht zufriedenstellend laufe, sei es sehr schön, sehr angenehme anderthalb Minuten Filmbeitrag zu hören. Er finde, da seien schöne Fotos entstanden.

13 Verschiedenes

Vorsitzender Wolfgang Jörg bedankt sich bei Herrn Müller, der die Ausschussreise auch in der Sommerpause vorbereitet habe. Das habe er hervorragend gemacht.

(Beifall)

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

Anlage

06.10.2023/09.10.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -

DENNIS MAELZER
Familienpolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2158
F 0211.884-3185
EMail dennis.maelzer@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

31.07.2023

Beantragung von TOPs für die Sitzung am 10.08.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Berichtspunkte für die kommende Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 10. August 2023:

1. Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in NRW – Entwicklung der letzten Jahre

Für das Jahr 2021 resümiert **██████ M ██████** in der Veröffentlichung KomDat 02/2022, dass es weniger Inobhutnahmen aus Familien im Jahr 2021 gegeben hat. Im Sinne der Entwicklung des Kinderschutzes in NRW bitten wir die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht in der kommenden Ausschusssitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie zur Entwicklung von Inobhutnahmen in NRW. Wir bitten hier um die Beantwortung der folgenden Fragen. Dabei bitten wir um eine Aufschlüsselung der Daten nach Landesjugendämtern und Jugendamtsbezirken.

1. Wie viele Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII wurden in NRW in den vergangenen 5 Jahren durchgeführt. Bitte die einzelnen Jahre gesondert auflisten.
2. Wie viele Kinder- und Jugendnotdienste (Jugendschutzstellen), sowie Bereitschaftspflegestellen existieren in NRW? Bitte getrennt und für die letzten 5 Jahre auflisten.
3. Wie viele Mädchenschutzstellen als geschlechtsspezifische Schutzräume stehen/standen in NRW in den letzten 5 Jahren zur Verfügung?
4. Wie viele Plätze für in Obhut genommene Kinder und Jugendliche stehen in NRW in Jugendschutzstellen und Bereitschaftspflegestellen insgesamt zur Verfügung?
5. Wie hat sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze in den letzten 5 Jahren entwickelt?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



6. In wie vielen Fällen war es nicht möglich, Geschwister gemeinsam in einer Jugendschutz- oder Bereitschaftspflegestelle unterzubringen?
7. In wie vielen Fällen erfolgte eine Inobhutnahme durch das Jugendamt?
8. In wie vielen Fällen erfolgte die Inobhutnahme auf Wunsch des Kindes oder Jugendlichen?
9. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen aufgrund fehlender freier Plätze eine Inobhutnahme verspätet oder gar nicht erfolgen konnte?
10. In wie vielen Fällen konnten Inobhutnahmen nur durch eine Überbelegung der Jugendschutzstellen gewährleistet werden?
11. In wie vielen Fällen fand in den letzten 5 Jahren eine Unterbringung außerhalb NRWs statt?
12. Ist der Landesregierung bekannt, inwieweit sich der Fachkräftemangel im sozialpädagogischen Bereich auf das Angebot der Kinder- und Jugendnotdienste auswirkt?
13. Wie stellt sich die Kostenentwicklung für die Träger der Jugendschutzstellen in den letzten 5 Jahren dar?
14. Wie lange dauert es, bis für die Kinder und Jugendlichen Unterbringungsmöglichkeiten gefunden werden?

Wir bitten die Landesregierung um schriftliche Berichte im Vorfeld der Sitzung und um die Anwesenheit der zuständigen Fachministerien in der Sitzung des Ausschusses am 10. August 2023.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dennis Maelzer